



Bericht

der Landesregierung

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006 bis 2010

Federführend ist das Finanzministerium



Finanzplan

des Landes Schleswig-Holstein

2006 bis 2010

Stand: 19. August 2006

Aufgestellt
vom Finanzministerium
und beschlossen
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

Finanzplan 2006 bis 2010

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Vorbemerkung	4
II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans	6
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	6
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	13
III. Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein: Arbeit, Bildung, Zukunft	15
1. Konsolidierung des Landeshaushalts	15
2. Verwaltungsmodernisierung	21
3. Wirtschaft und Arbeit	23
4. Bildung	31
5. Innere Sicherheit	34
6. Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government	35
IV. Eckdaten des Finanzplans 2006 – 20010	39
V. Einnahmenseite des Finanzplans	40
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	40
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	41
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	41
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	42
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	42

	<u>Seite</u>
VI. Die Ausgabenseite des Finanzplans	44
1. Personalausgaben	44
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	46
3. Ausgaben für den Schuldendienst	47
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	51
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	53
VII. Kommunalbereich	54
1. Kommunalen Finanzausgleich	54
2. Steuereinnahmen der Kommunen	56
VIII. Sonstige Schwerpunkte	57
1. Verkehrsbereich	57
2. Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum	58
3. Soziale Wohnraumförderung	60
4. Städtebauförderung	61
5. Gesundheitswesen	62
6. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	64
7. Frauenpolitische Maßnahmen	67
8. Asyl- und Ausländerrecht	68
9. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)	69

Seite

Anlagen

1	Gesamteinnahmen	71
2	Gesamtausgaben	72
3	Finanzierungsübersicht	73
4	Steueraufkommen	74
5	Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen	75
6	Aufteilung der Finanzausgleichsmasse	76
7	Sachinvestitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	78
8	Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen	79
9	Gruppierungsübersicht nach dem Schema des Finanzplanungsrates (gesondert)	1 - 27

I. Vorbemerkung

1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, dass der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 2006 bis 2010 Rechnung.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres. Insoweit stehen die Aussagen im Finanzplan zu den Programmen und Maßnahmen unter Haushaltsvorbehalt.

3. Planungszeitraum

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 2006. Die Werte für 2007 und 2008 entsprechen dem vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2009 bis 2010.

II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

1. Wirtschaftliche Rahmendaten

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Entwicklung im Vorjahr und im laufenden Jahr 2006

Wie bereits in den Vorjahren blieb in der Bundesrepublik auch im Jahresverlauf 2005 die konjunkturelle Belegung der Wirtschaft aus. Mit einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,9% (2004: 1,6%) konnte die deutsche Wirtschaft im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum (2005: 1,4%) und der Weltwirtschaft (2005: 4,3%), nur unterdurchschnittlich zulegen. Die hauptsächlichen Ursachen waren die nach wie vor existierenden strukturellen Schwächen in Deutschland sowie die stagnierende Binnennachfrage der Investoren und Konsumenten. Den maßgeblichen Beitrag zum deutschen Wirtschaftswachstum leistete wie schon im vergangenen Jahr der Außenhandel. Ohne Berücksichtigung der Zunahme des Exportanteils um 6,3% (2004: 9,3%) wäre die deutsche Volkswirtschaft in 2005 sogar geschrumpft. Auf dem Arbeitsmarkt trat aufgrund der schwachen Konjunktur im Jahr 2005 keine Entspannung ein. Auch bedingt durch die Hartz-IV-Reformen und die Umstellung der Statistik wurde mit 11,7% (2004: 10,7%) die höchste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung ausgewiesen. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Jahresdurchschnitt 4,863 Millionen. Die Verbraucherpreise (Index für die Lebenshaltung der privaten Haushalte) wurden vor allem durch die hohen Energiepreise beeinflusst. Der Weltmarktpreis pro Barrel Rohöl erreichte in 2005 zeitweise die Rekordhöhe von 70 US-Dollar. Im Jahresdurchschnitt stieg der Ölpreis auf Euro-Basis um 46%. Die durchschnittliche Inflationsrate erhöhte sich auf 2,0% (2004: 1,6%) im Jahresverlauf.

Zu Beginn des laufenden Jahres 2006 erholte sich die Konjunktur allmählich. Im Laufe des Frühjahres konnte die deutsche Wirtschaft immer weiter an Schwung gewinnen. Im Vorjahresvergleich stieg die Jahresrate des preisbereinigten BIP im ersten Quartal auf 2,9%. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Feiertagsverschiebung mehr Arbeitstage zur Verfügung standen. Bereinigt um diesen Kalendereffekt wuchs die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal aber immerhin noch um 1,4%. Hervorzuheben ist, dass neben den stark steigenden Exporten nunmehr auch die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen und der Produktionsaufträge zu dieser Entwicklung beiträgt. Gute Finanzierungsbedingungen der Unternehmen durch niedrige Zinsen begünstigten die Investitionstätigkeiten.

Auch auf dem Arbeitsmarkt macht sich die positive Grundstimmung bemerkbar. Die Arbeitslosenquote sank im ersten Quartal 2006 auf 11,4% und auch im zweiten Quartal kontinuierlich. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,5% im Juni 2006 erreichte die Zahl der Erwerblosen den niedrigsten Stand seit November 2004. Prognosen zufolge wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf noch etwas sinken und sich im Durchschnitt auf 4,58 Millionen belaufen. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze ist somit fast zum Stillstand gekommen. Diese Entwicklung dürfte dazu beitragen, dass sich der private Konsum, der in den ersten Monaten des Jahres vor allem durch die hohen Energiekosten geschwächt war, ebenfalls etwas erholt.

So trugen die hohen Kraftstoff- und Heizölpreise maßgeblich dazu bei, dass die Verbraucherpreise im Verlauf der ersten Monate des Jahres 2006 (mit Ausnahme von März mit 1,9%) über 2% anstiegen. Mit einer Steigerungsrate von 1,9% für den Monat Mai (im Vergleich zum Vorjahresmonat) entwickelte sich der Verbraucherpreisindex allerdings wieder rückläufig. Für den Jahresverlauf rechnen die Wirtschaftsforscher im Durchschnitt mit einer Preissteigerungsrate von 1,6%.

Vor dem Hintergrund der steigenden Inflationsgefahren hat die Europäische Zentralbank (EZB) seit Dezember 2005 die Leitzinsen schrittweise von 2,0% auf 2,75% angehoben. Bis zum Jahresende werden noch ein bis zwei Zinsschritte erwartet. Insgesamt stieg das Zinsniveau seit Jahresbeginn um fast einen vollen Prozent-Punkt deutlich an. Angesichts des historischen Zinstiefs im vergangenen Jahr und im Vergleich langfristiger Betrachtung befinden sich die Geld- und Kapitalmarktzinsen immer noch auf einem niedrigen Niveau.

Mit Blick auf die weitere konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf deuten die meisten Indikatoren darauf hin, dass sich der konjunkturelle Aufschwung noch verstärkt. So werden vorgezogene Käufe von Gebrauchsgütern aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung 2007 weitere Impulse geben. Nach Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird insgesamt für 2006 ein Anstieg des privaten Konsums von 0,4% erwartet. Der Außenhandel kann weiterhin von einer expandierenden Weltwirtschaft profitieren. In den USA stieg das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2006 mit einer Wachstumsrate des realen BIP von 5,6% im Vergleich zum letzten Quartal 2005 (1,7%) sprunghaft an. Die aktuelle Datenbasis deutet jedoch darauf hin, dass sich das Wachstum aufgrund steigender Zinsen und leicht rückläufigen Konsums etwas abschwächen wird, im Jahresverlauf aber immer noch mit einer Zunahme von 3,4% zu rechnen ist. In Asien wird eine Fortsetzung der konjunkturellen Dynamik erwartet, vor allem in China und den anderen ostasiatischen Schwellenländern. Im Jahresdurchschnitt wird für die Bundesrepublik eine Wachstumsrate des Exports von 8,2% prognostiziert. Insgesamt rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Durchschnitt für 2006 mit einer Zuwachsrate des realen BIP in Deutschland von 1,8%.

Allerdings bestehen für die weitere Entwicklung auch einige Risiken. Im Jahresverlauf wird insgesamt mit einer Abschwächung der Weltkonjunktur gerechnet. In den USA haben sich die wesentlichen Wachstumsraten bereits zurückgebildet. Eine weitere Abschwächung des US-Dollars würde zudem Einbußen im deutschen Außenhandel provozieren. Nach den zu Beginn des Jahres positiven, teilweise euphorischen Konjunkturerwartungen entwickeln sich die wesentlichen Konjunktur-Indikatoren in Deutschland nun widersprüchlich. So ist der ZEW-Indikator - auf Grundlage einer Umfrage der Finanzanalysten - bereits seit Februar rückläufig. Der Ifo-Geschäftsklimaindex, der auf einer Befragung von Unternehmen beruht, weist hingegen nach bislang positiver Entwicklung im Juni den höchsten Stand seit 15 Jahren aus.

Erwartete Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr 2007

Grundsätzlich sind Aussagen zum mittelfristigen Trend mit hoher Unsicherheit behaftet. Für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wird für das kommende Jahr 2007 eine Dämpfung der Konjunktur erwartet. So werden die Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum voraussichtlich an Dynamik verlieren. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2007 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,1% (2006: 3,4%) und ein Wirtschaftswachstum im Euroland von 1,8% (2006: 2,1%). Vor allem der Außenhandel wäre von dieser Entwicklung betroffen. So wird im Jahresdurchschnitt 2007 mit einem Exportwachstum von 6,6% gerechnet. Außerdem ist von einer Fortsetzung der restriktiven Geldpolitik der EZB und damit einer Schwächung der konjunkturellen Impulse auszugehen. Obwohl die Konjunktur an Fahrt verlieren wird, ist jedoch nicht von einem Abschwung auszugehen. Insgesamt wird von den Wirtschaftsforschern für die Bundesrepublik eine Wachstumsrate des realen BIP von 1,2% erwartet.

Der private Konsum wird in 2007 in hohem Maße von den bisherigen Entscheidungen der Finanzpolitik belastet. Hervorzuheben sind insbesondere die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozent-Punkte, die Streichung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags und die Anhebung der Versicherungssteuer. Durch diese Maßnahmen wird den privaten Haushalten Kaufkraft entzogen. Die Gewinn- und Absatzentwicklungen der Unternehmen werden belastet. Insgesamt kommt es zu einer Schwächung der Inlandsnachfrage. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bewirkt die Umsatzsteuererhöhung Wachstumseinbußen von mindestens 0,6 Prozent-Punkten. Neben den beschlossenen Maßnahmen werden auch die weiteren Planungen insbesondere zur Konkretisierung der Gesundheitsreform (Beitragserhöhung) und zur Besteuerung der Kapitaleinkünfte (Abgeltungsteuer, Veräußerungsgewinne) als Belastung empfunden. Die im Gegenzug

geplanten Senkungen der Sozialbeiträge können die genannten Belastungen nicht kompensieren.

Aufgrund der vielfältigen administrativen Maßnahmen werden sich durch den anhaltenden Preisdruck im Energiebereich in 2007 ebenfalls die Verbraucherpreise erhöhen und voraussichtlich im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,5% ansteigen. Nicht zu vernachlässigende Risiken für die Weltwirtschaft sind außerdem in den politischen Unruheherden im Nahen Osten zu sehen. Weiterhin steigende Energiekosten würden sowohl die Unternehmen als auch private Haushalte beeinträchtigen und zu einer weiteren Belastung der konjunkturellen Entwicklung führen.

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte der Steuerschätzung vom Mai 2006

Im Vergleich zur letzten Steuerschätzung im November 2005, hat die Bundesregierung ihre Prognose für die Zuwachsraten des BIP (siehe nachfolgende Tabelle), die als Grundlage für die Steuerschätzung von Bund, Ländern und Gemeinden dient, angehoben.

Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts (BIP) in %			
	2006	2007	2007-2010
- nominal	2,0	2,3	2,7
- real (preisbereinigt)	1,6	1,0	1,6

Die Wachstumsrate des nominalen BIP wurde um 0,2% und die des realen BIP um 0,4% nach oben korrigiert. Im Vergleich zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, die für 2006 eine Wachstumsrate des realen BIP von 1,8% vorhersagen, fällt die Prognose der Bundesregierung mit 1,6% moderater aus. Für 2007 sieht die Bundesregierung eine Zuwachsraten des realen BIP von 1,0% und für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung eine durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP von 1,6% vor.

Im Unterschied zu den letzten Steuerschätzungen, ergeben sich für Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre ab 2007 Steuer Mehreinnahmen in Höhe von rund 20 Mrd. € p.a., wobei auf die Länder rund ein Drittel entfällt.

Obwohl sich die Konjunktur in der Bundesrepublik in diesem Jahr tendenziell besser entwickelt, dürfen die nach wie vor bestehenden strukturellen Schwächen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, nicht aus den Augen verloren werden. Die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ist angesichts der dramatischen Verschuldung unbestritten. Mittelfristig wird sich ein notwendiges, stetiges Wirtschaftswachstum nur erreichen lassen, wenn seitens der politi-

schen Entscheidungsträger zügig durchgreifende Reformen umgesetzt werden. Dabei sollten solche Maßnahmen Priorität haben, welche das Wachstumspotenzial und somit die Beschäftigungsdynamik fördern. Mit der Föderalismusreform und der Festlegung der Eckpunkte für die Gesundheitsreform sind erste Schritte eingeleitet worden. Allerdings sind die bisherige Konzentration auf die Einnahmeseite und die langwierigen Entscheidungsprozesse unter wirtschaftlichen Aspekten problematisch. Es droht die Gefahr weiterer Belastungen, die zu einer Dämpfung des Wachstums führen. Grundsätzlich ist die Konsolidierung der Haushalte die Basis für ein stärkeres Wirtschaftswachstum. Die Maßnahmen der Konsolidierung sollten sich jedoch verstärkt auf Einsparungen auf der Ausgabenseite beziehen.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Während die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 2005 mit einer Wachstumsrate von 0,9% nur mäßig war, konnte die Wirtschaft in Schleswig-Holstein deutlich zulegen. Das reale BIP stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,5% (2004: 1,8%). Damit lag Schleswig-Holstein nicht nur weit vor dem Ergebnis der Bundesrepublik, sondern auch gemeinsam mit Baden - Württemberg auf dem zweiten Rang im Vergleich der Länder. Nur das Saarland konnte mit 2,7% ein höheres Wirtschaftswachstum vorweisen. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe trug hierzulande maßgeblich zur konjunkturellen Belebung bei. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nahm 2005 preisbereinigt um 3,1% zu. Deutliche Umsatzsteigerungen konnten in den Bereichen der Herstellung chemischer Erzeugnisse, des Maschinenbaus sowie der Medizin-, Mess- und Regeltechnik erzielt werden.

Der Außenhandel leistete wiederum einen großen Beitrag zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Der Exportanteil stieg im Jahr 2005 um 12% (2004: 20%) und umfasste einen Warenwert von 16,3 Mrd. €. Hauptsächlich konnten die Ausfuhren von elektronischen Erzeugnissen mit 20,8% und chemischen Erzeugnissen mit 32,6% gesteigert werden. Der bedeutendste ausländische Absatzmarkt für Schleswig-Holstein war wie schon in den Jahren zuvor Großbritannien.

Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein folgte dem gesamtdeutschen Trend und blieb im Jahresverlauf 2005 weiterhin angespannt. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 11,6% lag Schleswig-Holstein auf Rang sieben im Mittelfeld im Vergleich der westdeutschen Bundesländer. Die Zahl der Erwerbslosen in Schleswig-Holstein lag bei 161.524 und stieg im Vergleich zum Vorjahr 2004 um 3,1% (2004: 1,3%) an. Ein Teil des Anstiegs erklärt sich wie auf Bundesebene auch durch die Umstellung der Arbeitslosenstatistik. Ein maßgeblicher Anteil des Stellenabbaus erfolgte im Produzierenden Gewerbe mit einem Rückgang der Er-

werbstätigen von 3,4%. Im Dienstleistungssektor (Handel, Gastgewerbe und sonstige Dienstleistungsbereiche) kam es in 2005 zu einer leichten Entspannung mit einem Beschäftigungsanstieg um 0,7%.

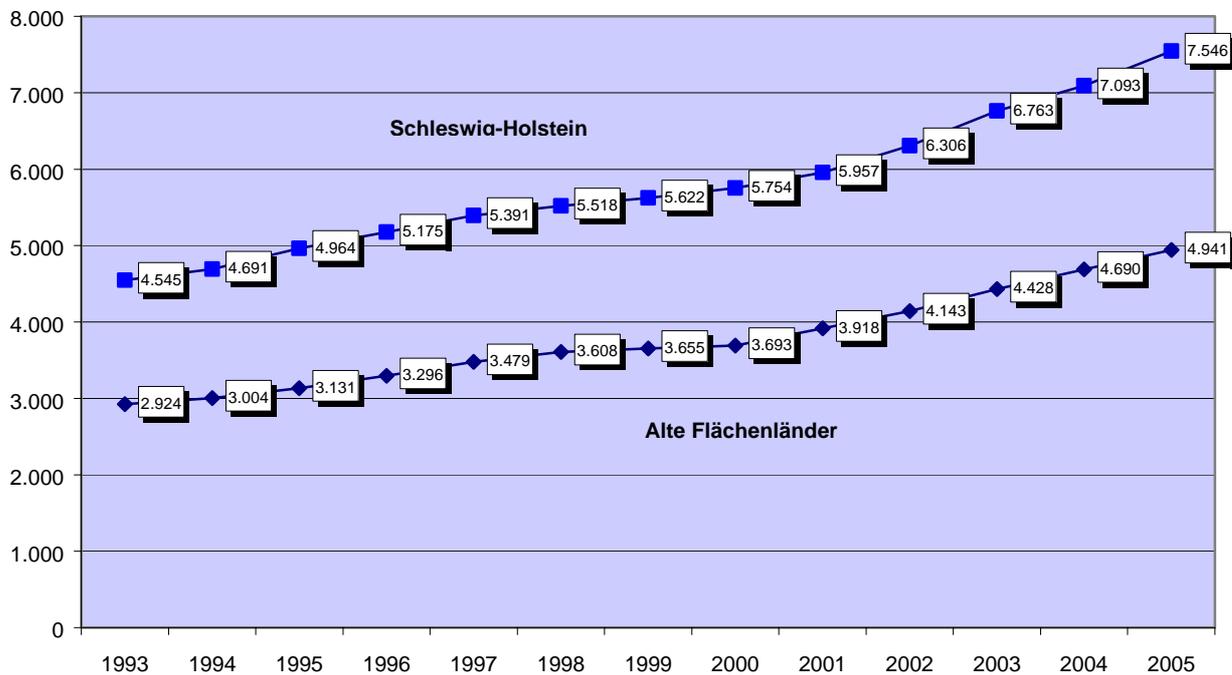
Die positive wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein wird sich, wie im gesamten Bundesgebiet, wahrscheinlich auch im Jahresverlauf 2006 weiter fortsetzen. Anzeichen dafür sind zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt erkennbar. Vor allem die Baubranche bietet nach längerer Durststrecke verstärkt Beschäftigungsmöglichkeiten. In den vergangenen fünf Monaten sank die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich. Im Monat Mai betrug die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein 9,9%, wodurch sich das Land im Vergleich der westdeutschen Bundesländer deutlich auf Rang fünf verbessern konnte.

Die allgemein gute Geschäftslage deutet auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung hin. Laut einer Umfrage der IHK Kiel zur Wirtschaftslage und Erwartungen in Schleswig-Holstein aus dem April 2006 vermelden die Unternehmen in den Bereichen Industrie, Baugewerbe, Dienstleistung und Großhandel eine positive Auftragslage. Neben dem starken Exportanteil scheint nun auch die Binnennachfrage anzuziehen. Vor allem der private Konsum dürfte aufgrund vorgezogener Käufe von Gebrauchsgütern noch etwas ansteigen.

Im Hinblick auf das kommende Jahr 2007 kann sich Schleswig-Holstein dem gesamtdeutschen Trend einer Dämpfung des konjunkturellen Aufschwungs nicht entziehen. So wird sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer flächendeckend hemmend auf die Kaufkraft der privaten Haushalte auswirken. Davon sind vor allem die Absatzchancen des Einzelhandels betroffen. Weiterhin wird die voraussichtliche konjunkturelle Abkühlung der Weltwirtschaft die Ausfuhren in das Ausland –als bislang wesentlichen Wachstumsmotor- beeinträchtigen.

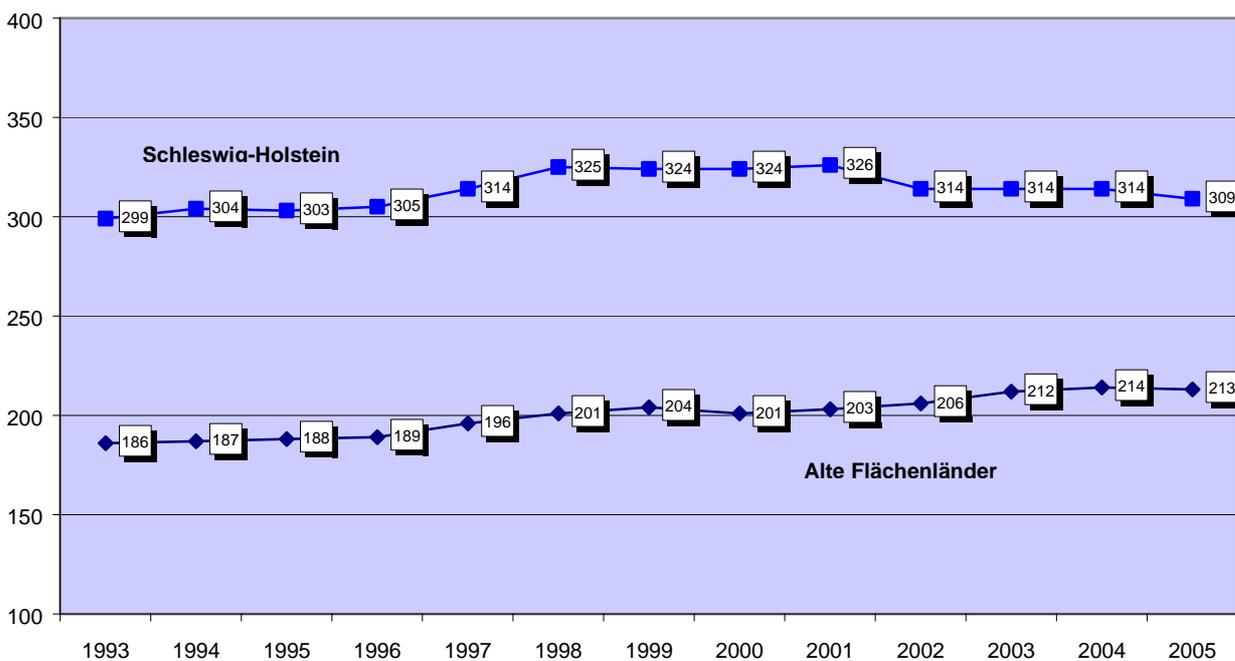
Angesichts der eingetrübten Aussichten für das Jahr 2007 ist es umso wichtiger, dass auf landes- und bundespolitischer Ebene die seit langem überfälligen Strukturreformen zügig umgesetzt werden. Für Schleswig-Holstein hat vor allem die Haushaltskonsolidierung angesichts der überdurchschnittlichen Zuwachsraten der Verschuldung in den letzten Jahren höchste Priorität.

Fundierte Schulden des Landes pro Einwohner* in Euro (einschl. Schulden bei öffentlichen Haushalten)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 14, Reihe 5)

Zinsausgaben für Kreditmarktmittel pro Einwohner* in Euro (ohne Zinsen für Schulden bei öffentlichen Haushalten)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 14, Reihe 2)

* Stichtag Einwohner: 30.06 des jeweiligen Jahres

2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

Die Konsolidierung des Landeshaushalts ist ein zentrales Anliegen der Politik der Landesregierung in dieser Legislaturperiode. Nach Darstellung der finanziellen Situation 2005 und den ersten Konsolidierungsansätzen im Haushalt 2006 werden mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2007/2008 und dem Finanzplan 2006 bis 2010 die nächsten Schritte auf dem Weg der Konsolidierung des Landeshaushalts ersichtlich.

2.1. Finanzielle Ausgangslage / Verschuldung des Landes

Die Verschuldung des Landes ist Ende 2005 auf 21,3 Mrd. € gestiegen.

- Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 7.546 €. Schleswig-Holstein bleibt damit hinter dem Saarland das am stärksten verschuldete Flächenland.
- Die Zinsausgaben pro Einwohner betragen 2006 309 €. Sie liegen damit in Schleswig-Holstein immer noch um rund 100 € über dem Durchschnitt der Flächenländer.
- Die Zinsausgaben belaufen sich auf rd. 900 Mio. € in 2005 und 911 Mio. € in 2006. Sie verzehren damit schon 18% der Steuereinnahmen. Durch die stetig wachsende Verschuldung des Landes und den Anstieg der Zinssätze seit Beginn des Jahres 2006 wird sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren verstärken.

2.2 Struktur des Landeshaushalts

Die für 2006 erwarteten Steuereinnahmen (einschl. Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) betragen 5.290,7 Mio. € (einschl. globaler Mindereinnahmen von 25 Mio. €), das entspricht knapp 80 % der Nettoeinnahmen.

Die Nettoausgaben betragen 8.231 Mio. € in 2006. Rund 38 % davon entfallen auf Personalausgaben, je über 11 % auf Zinsausgaben und kommunalen Finanzausgleich sowie gut 7 % auf Sozialhilfeausgaben. Allein damit sind bereits über 67 % der Nettoausgaben gebunden.

Die Nettokreditaufnahme kann im Soll von über 1,7 Mrd. € im 1. Nachtrag 2005 über 1,6 Mrd. € im 2. Nachtrag 2005 auf 1,562 Mio. € in 2006 durch erste Konsolidierungsmaßnahmen gesenkt werden. Die Kreditfinanzierungsquote liegt 2006 mit 19 % im Ländervergleich noch auf einem sehr hohen Niveau.

Der finanzielle Handlungsspielraum des Landes ist nach wie vor sehr begrenzt.

Die bereinigten Ausgaben (Nettoausgaben ohne haushaltstechnische Verrechnungen) liegen 2006 bei rd. 8.209 Mio. €. Zieht man von ihnen die Zinsausgaben ab, erhält man die Primärausgaben 1 in Höhe von rd. 7.298 Mio. €. Diese vermindert um die investiven Ausgaben bilden die Primärausgaben 2 in Höhe von rd. 6.561 Mio. € ab. Im Zuge der Konsolidierung des Landeshaushalts und der Behebung seiner strukturellen Defizite müssen die Primärausgaben 2 in den kommenden Jahren deutlicher gesenkt werden.

OGR	Bezeichnung	2005 Ist	2006 Haushalt	2007 Entwurf	2008 Entwurf
	Nettoausgaben	8.336,8	8.230,7	8.327,8	8.427,3
98	- Haushaltstechnische Verrechnungen	10,7	22,2	13,9	14,0
	= Nettoausgaben bereinigt	8.326,1	8.208,5	8.313,9	8.413,3
57	davon Zinsen Kreditmarkt	875,2	910,7	1.011,7	1.037,6
	= Primärausgaben 1 (ohne Zinsen)	7.450,9	7.297,9	7.302,2	7.375,8
	davon Investitionen	674,7	737,4	799,5	729,6
	= Primärausgaben 2 (ohne. Zinsen, ohne Invest.)	6.776,3	6.560,5	6.502,7	6.646,2
97	Nachrichtlich: darin Globale Mehr/Minder- ausgaben (ohne Personal)	0	21,0	0	0

Ausgabenstruktur des Landeshaushalts

(Beträge in Mio. Euro)

III. Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein: **Arbeit, Bildung, Zukunft**

1. Konsolidierung des Landeshaushalts

Die Landesregierung setzt ihren 2005 eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent fort. Sie hat ihre finanzpolitischen Ziele konkretisiert.

Um so bald wie möglich wieder einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, wird

- die jährliche Nettokreditaufnahme kontinuierlich abgesenkt und gegenüber dem ersten Nachtrag 2005 bis zum Ende des Jahrzehnts halbiert,
- die Steigerungsrate der Nettoausgaben - wie im Finanzplanungsrat im Juni 2006 vereinbart – in den Jahren 2007 bis 2010 jahresdurchschnittlich auf 1 % begrenzt und
- 2007 und 2008 gegenüber der alten Finanzplanung ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von zusammen 600 Mio. € realisiert.

Mit dem Haushaltsentwurf 2007/2008 und dem Finanzplan 2006 bis 2010 werden die angestrebten Ziele der Landesregierung bereits schrittweise umgesetzt.

Durch eine ausgewogene Verteilung von Konsolidierungsmaßnahmen auf die drei Bereiche

- Konsolidierungsbeiträge der Ressorts gegenüber der MFP 2005-2009 in Höhe von 160 Mio. € in 2007 und 2008,
- Senkung der Zuweisungen an die Kommunen um 120 Mio. € jährlich ab 2007 und
- Senkung der Personalausgaben um 100 Mio. € jährlich ab 2007 durch Einzelplan übergreifende Maßnahmen wie z.B. Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes,

wird es der Landesregierung gelingen,

- die Nettokreditaufnahme 2007 gegenüber 2006 um rd. 250 Mio. € auf 1.317 Mio. € zurückzuführen. 2008 ist eine weitere Verringerung auf 1.221 Mio. € vorgesehen. Ziel ist die weitere Rückführung auf 1.075 Mio. € in 2009 und 850 Mio. € in 2010.
- Die Nettoausgaben steigen 2007 und 2008 um jeweils rd. 1,2 % auf 8.328 Mio. € und 8.427 Mio. €. 2009 und 2010 werden deutlich geringere Steigerungsraten angestrebt.
- Die bereinigten Ausgaben betragen 8.314 Mio. € in 2007 und 8.413 Mio. € in 2008.

- 2007 und 2008 entfallen 9,6 % und 8,7 % der Ausgaben auf Investitionen und bleiben 2009 und 2010 mit 9,4 und 8,7 % auf diesem Niveau. Absolut liegen die Investitionsausgaben bei 799 und 730 Mio. € in 2007 und 2008, davon eigenfinanzierte Investitionen 589 und 540 Mio. €
- Die Primärausgaben 2 sinken von 6.561 Mio. € in 2006 auf 6.503 Mio. € in 2007 und steigen auf 6.646 Mio. € in 2008. Die Anstrengungen zur Erhöhung der investiven und Verminderung der konsumtiven Ausgaben müssen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Mit der Einrichtung des Schleswig-Holstein-Fonds hat die Landesregierung bereits Impulse für weitere Investitionen von Kommunen und von privater Wirtschaft zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein initiiert.
- Die nach Art. 53 der Verfassung des Landes zulässige Grenze der Kreditaufnahme in Höhe der Ausgaben für Investitionen wird in 2007 und 2008 um 739 und 691 Mio. € überschritten. Zwar sinken die Beträge anders als nach 2005 und 2006 deutlich unter 1 Mrd. €, sie liegen aber noch immer auf einem sehr hohen Niveau. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt aufgrund der von der Landesregierung umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen auf 15,8 % in 2007 und 14,6 % in 2008. Damit verbessert Schleswig-Holstein seine Position im Ländervergleich bereits wesentlich. Bei weiter sinkender Nettokreditaufnahme setzt sich die Entwicklung fort bis zu einem angestrebten Wert von 10 % in 2010.

1.1 Einhalten der Kreditaufnahmegrenze

Der Doppelhaushalt 2007/2008 wirkt haushaltskonsolidierend, verstetigt die Senkung der Nettokreditaufnahme und begrenzt die Steigerung der Nettoausgaben. Gleichwohl wird die Kreditaufnahmegrenze auch 2007 und 2008 deutlich überschritten. Ziel der Landesregierung muss bleiben, durch weitere konsolidierende Maßnahmen und strukturelle Veränderungen einen verfassungskonformen Haushalt zu erreichen.

Die Möglichkeiten der eigenen weiteren Steigerung der Einnahmen sind weitestgehend ausgeschöpft oder stark von konjunkturellen Entwicklungen abhängig.

Die aktuelle Steuergesetzgebung des Bundes, insbesondere die Umsatzsteuererhöhung ab 2007, ist im Zahlenwerk berücksichtigt. Der Zeitpunkt und die Auswirkungen einer evtl. Unternehmensteuerreform können zurzeit nicht abgeschätzt werden. Sie können zu erheblichen Mindereinnahmen des Landes führen.

Die Konjunktur belebenden Maßnahmen der Bundesregierung zeigen ihre ersten Wirkungen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch mit hohen Unsicherheiten behaftet. Der

private Konsum steigt 2006 u.a. aufgrund der beschlossenen Umsatzsteuererhöhung, 2007 wird er voraussichtlich sinken. Weitere Risiken bestehen nach wie vor hinsichtlich der Entwicklung der Energiepreise und der internationalen konjunkturellen Ungleichgewichte. Voraussetzung für das Eintreffen der der Haushalts- und Finanzplanung zu Grunde liegenden Schätzungen der Steuereinnahmen ist daher, dass Reformen zur Verbesserung des Zugangs zum ersten Arbeitsmarkt, zur Struktur und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und für eine international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung umgesetzt werden und ihre Wirkung entfalten.

Die Konsolidierungsmaßnahmen der Landesregierung konzentrieren sich daher in erster Linie auf die Ausgaben.

Erste Effekte der bisherigen Anstrengungen sind bei den Personalausgaben, die rd. 37 % der Nettoausgaben ausmachen, zu erkennen. Sie beruhen auf dem von der Landesregierung 2005 beschlossenen Personalkosteneinsparkonzept, der Arbeitszeitverlängerung für Beamte und der Kürzung der Sonderzahlungen ab 2007. Die konsequente Fortführung der Verwaltungsmodernisierung und der Verwaltungsstrukturreform tragen dazu bei, dass die Vorgaben des Personalkosteneinsparkonzeptes bis 2010 erfüllt und Einsparpotentiale insbesondere durch Stellenabbau erschlossen werden.

Neben dem Personal und den Empfängern von Zuwendungen des Landes wird die Landesregierung auch die Kommunen durch die Absenkung des kommunalen Finanzausgleichs um jährlich 120 Mio. Euro ab 2007 an der Haushaltskonsolidierung beteiligen.

In den kommenden Jahren sind weitere Aufgaben- und Ausgabenbereiche wie z.B. die sächlichen Verwaltungsausgaben und die Zuwendungen des Landes kontinuierlich auf ihre Wirkungen zu überprüfen. Ziel ist für alle Ebenen ein Abbau und eine Konzentration von Aufgaben sowie ein zielgerichteter und wirtschaftlicher Mitteleinsatz, der für alle beteiligten Ebenen zu einer Senkung des Ausgabenanstiegs und zu deutlichen Einsparungen führt.

Daneben stehen für die Landesregierung weiter alle Initiativen im Mittelpunkt, die durch veränderte Gesetzgebung des Bundes zu einer Öffnung des Arbeitsmarktes, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und einer verlässlichen Steuerpolitik führen. Dies soll der wirtschaftlichen Belebung und mehr Steuereinnahmen nützen.

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene für Maßnahmen einsetzen, die der Haushaltskonsolidierung des Landes dienen.

Für den Doppelhaushalt 2009/2010 sind Verfahren zu entwickeln, die nach einheitlichem Muster die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen von allen Ressorts gewährleisten. Durch Lösung der strukturellen Probleme des Landeshaushalts soll das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts erreichbar werden.

1.2 Maßnahmen

In den vergangenen Jahren war die Steuerschätzung von Bund und Ländern häufig zu optimistisch. Die tatsächlichen Einnahmen blieben hinter den Erwartungen zurück. Die dem Haushaltsentwurf 2007/2008 und den Finanzplanungsjahren zugrunde liegende Steuerschätzung ist von realistischeren Annahmen geprägt. Die aktuelle Steuergesetzgebung des Bundes - insbesondere die Umsatzsteuererhöhung ab 2007- ist in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Zeitpunkt und Auswirkungen weiterer geplanter Steuerrechtsänderungen der Bundesregierung wie z.B. die Unternehmenssteuerreform in 2008 können zurzeit nicht benannt werden. Sie können zu Mindereinnahmen des Landes führen.

Da die Steuermehreinnahmen einem hohen Risiko in Form von konjunkturellen Schwankungen und zu erwartender steuerrechtlicher Änderungen unterliegen, sind als Risikovorsorge globale Mindereinnahmen in Höhe von 100 Mio. € in 2007 und jeweils 50 Mio. € in den Folgejahren veranschlagt.

Die Möglichkeiten der weiteren Steigerung der Einnahmen durch landespolitische Maßnahmen sind weitestgehend ausgeschöpft.

Die Konsolidierungsmaßnahmen der Landesregierung konzentrieren sich daher in erster Linie auf die Ausgaben. Die Konsolidierungsbeiträge der Ressorts in Höhe von 160 Mio. € 2007 und 2008 gegenüber der alten MFP werden durch eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die alle Lebensbereiche betreffen. Beispielhaft sind zu nennen Kürzungen bei der Förderung erneuerbarer Energien, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Werkverträgen, dem Betriebszuschuss an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, den IT-Ausgaben, im Kulturbereich, bei Frauenfördermaßnahmen, der Förderung des freiwilligen ökologischen Jahres sowie dem Zuschuss an das Sondervermögen Landeswald.

Ab 2007 werden jährlich rd. 100 Mio. € Personalausgaben eingespart. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes und Streichung des Urlaubsgeldes erfolgt in Höhe von rd. 65 Mio. € bei

aktiven Beamtinnen und Beamten, bei den Versorgungsempfängerinnen und –empfängern in Höhe von rd. 30 Mio. € jährlich. Die Sonderzahlungen werden künftig aus einer Familien politisch erwünschten Kinderkomponente in Höhe von 400 Euro je zu berücksichtigendem Kind und einem allgemeinen Betrag von 660 € bzw. 330 € bei Besoldungs- bzw. Versorgungsempfängern in den Besoldungsgruppen A2 bis A10 (für deren Hinterbliebene und Waisen 200 € bzw. 50 €) bestehen.

Weitere Kürzungen sind aufgrund der bereits 2005 in Kraft getretenen Beihilfeordnung ab 2007, im Bereich der Reisekosten und bei den Tagegeldern möglich.

Aufgrund der extrem angespannten finanziellen Lage des Landes hat die Landesregierung beschlossen, die Leistungen an die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) um 120 Mio. € jährlich zu kürzen.

Zur Abfederung dieser Kürzung setzt die Landesregierung verschiedene Maßnahmen um. Dazu gehören direkte Entlastungen wie z.B. die Erhöhung der Fördermittel für kommunale Maßnahmen im SH-Fonds, Maßnahmen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs wie beispielsweise das Streichen des Vorwegabzugs ÖPNV und Überführung des Betrags in die Schlüsselzuweisungen, sowie Entlastungen durch Verwaltungsreformen, Aufgabenübertragungen, Aufgabenkritik und Bürokratieabbau.

Während es der Landesregierung gelungen ist, in 2007 und 2008 alle Konsolidierungsmaßnahmen titelgenau zu veranschlagen, sind in der mittelfristigen Finanzplanung globale Minderausgaben vorgesehen, um die finanzpolitischen Ziele auch in den Jahren nach 2008 zu realisieren. Die globalen Minderausgaben betragen 342 Mio. € in 2009 und 541 Mio. € in 2010. In entsprechendem Umfang sind in den kommenden Jahren weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Dazu werden nach den erfolgten Einschnitten bei Personal und Kommunen in den kommenden Jahren auch andere Aufgaben- und Ausgabenbereiche wie z.B. sächliche Verwaltungsausgaben und Zuwendungen des Landes überprüft. Ziel ist für alle Ebenen ein Abbau und eine Konzentration von Aufgaben sowie ein zielgerichteter und wirtschaftlicher Mitteleinsatz, der für alle beteiligten Ebenen nicht nur zu einer Senkung des Ausgabenanstiegs, sondern zu deutlichen Einsparungen führt.

Daneben wird die Landesregierung sich durch geeignete Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, die Ausgaben des Landes mittel- bis langfristig nachhaltig zu senken.

Weiterhin gilt es, alle Maßnahmen zu unterstützen, um durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die erforderliche Gesetzgebung des Bundes den Zugang zum

Arbeitsmarkt, die Reform der sozialen Sicherungssysteme und eine verlässliche Steuerpolitik zu einer wirtschaftlichen Belebung und zu höheren Steuereinnahmen zu gelangen.

1.3 Förderung der Investitionstätigkeit

Das Fehlen eines stetigen und angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit sind die größten ökonomischen und gesellschaftspolitischen Probleme Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Die Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein haben für die Landesregierung daher höchste Priorität.

Trotz angespannter finanzieller Lage des Landes kommt es zu einer Verstetigung der investiven Ausgaben u.a. durch Einrichtung eines Schleswig-Holstein-Fonds. Mit Hilfe der investiven Mittel werden Impulse für weitere Investitionen von Kommunen und der privaten Wirtschaft zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein initiiert. Mit dem SH Fonds wird mittels Zinsverbilligungen und Bürgschaften ein Finanzierungsvolumen bis zu einem Umfang von weiteren rd. 389 Mio. € ermöglicht. Damit wird das durch das Land initiierte Investitionsvolumen deutlich erhöht.

Die Schwerpunkte der Investitionsmaßnahmen liegen in den Bereichen:

- kommunaler Schul- und Wegebau,
- kommunaler Straßenbau,
- Maßnahmen zur kommunalen Entwicklung,
- Innovation, Technologie und Wissenschaft wie in den Bereichen Biowissenschaften und Medizintechnik,
- Schul- und Hochschulbildung u.a. mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten und der Verbesserung der Studienbedingungen an Hochschulen,
- Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung,
- verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau von Infrastruktur,
- Maßnahmen zur Unterstützung von Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer oder Integration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener,
- Erneuerung der Boote der Wasserschutzpolizei,
- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- Zukunftsinvestitionsprogramme und Konversionsprogramme.

1.4 Gesamtwirtschaftliche Reformen

Konsolidierungsmaßnahmen allein können die Probleme des Landeshaushalts nicht lösen. Daneben sind weitere Anstrengungen zur Behebung der Probleme in der Arbeitsmarktpolitik, der Steuerpolitik und der Aufgaben und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erforderlich. Insgesamt muss es durch Bundesgesetzgebung zu einer Öffnung des Arbeitsmarktes und einer verlässlichen Steuerpolitik kommen, um wirtschaftliche Dynamik zu befördern und über eine konjunkturelle Verbesserung wieder ein stetiges und angemessenes wirtschaftliches Wachstum, höhere Beschäftigung und in der Folge Steuermehreinnahmen sowie eine Entlastung bei den Sozialausgaben zu erreichen. Die Landesregierung wird entsprechende Initiativen im Bundesrat ebenso unterstützen wie selbst ergreifen.

2. Verwaltungsmodernisierung

Im Finanzplanungszeitraum unternimmt die Landesregierung weitreichende Schritte zur Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung. Ziel ist es, die gesamte Verwaltung im Land effizienter, kostengünstiger und bürgernäher zu gestalten. Die Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung umfassen die Schwerpunkte Entbürokratisierung und Deregulierung, Verwaltungsstrukturreform und E-Government. Die Verwaltungsmodernisierung in Verbindung mit einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform schafft die Voraussetzungen für die Realisierung von vielfältigen Einsparpotentialen durch Aufgabenbündelung und Hebung von Synergieeffekten bei der Zusammenführung von Verwaltungsebenen.

Im Anschluss an die Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik der Phase 1, die ab dem 01.07.2005 durchgeführt wurde und die seit Februar 2006 umgesetzt wird, wurde am 18.04.2006 die Aufgabenkritik in den Kernbereichen Justiz, Bildung, Polizei und Steuerverwaltung eingeleitet.

Die Ergebnisse der Aufgabenkritik Phase 1 werden in der Prioritätenfolge

- Abbau von Aufgaben
- Verlagerung auf Dritte
- Verlagerung auf die kommunale Ebene
- Prozessoptimierung

realisiert.

Hierdurch werden kurzfristig Haushaltsentlastungen erzielt. Die für die Aufgabenkritik Phase 2 fachlich zuständigen Ressorts eruieren u. a. mittels Benchmarking-Projekten Einsparpotenziale und berichten dem Finanzministerium. Die Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse zur Aufgabenkritik Phase 1 und 2 unterliegt einem stringenten Controlling.

Aufgabenabbau und Deregulierung erfolgt auch durch die forcierte Vorschriftenbereinigung in den Fachressorts. Es werden zahlreiche Fachgesetze insbesondere im Umweltbereich überarbeitet und auf den notwendigen Regelungsbedarf beschränkt. Weiterhin werden die vielfältigen Anregungen zur Deregulierung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie aus der Wirtschaft ausgewertet und so weit wie möglich umgesetzt.

Zu einer professionellen und modernen Verwaltung zählen zügige, IT-unterstützte Verwaltungsverfahren. Dabei geht es aber nicht allein um die elektronische Abbildung bestehender Verfahren via Internet, sondern auch um eine Neugestaltung, Beschleunigung und Optimierung von Ablaufprozessen mit Hilfe des so genannten „E-Government“. Die durch E-Government mögliche Verbesserung der Schnelligkeit, Europatauglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Bürger- und Wirtschaftsfreundlichkeit aller Verwaltungsebenen in Schleswig-Holstein wird zu einem deutlichen Standortvorteil für das Land führen.

Zu diesem Zweck ist ein E-Government-Gesetz in Vorbereitung, in dem festgelegt wird, dass die elektronische Kommunikation neben den traditionellen Verfahrensweg tritt und Regelungen zur E-Government-Architektur der Landesverwaltung sowie zu IT-Standards getroffen werden.

Die nächsten Schritte zur Verwaltungsmodernisierung im Land Schleswig-Holstein werden Gesetzentwürfe zur Verwaltungsmodernisierung und zur Verwaltungsstrukturreform sein, mit denen die Umsetzung der Ergebnisse der Aufgabenkritik geregelt wird sowie die Errichtung kommunaler Verwaltungsregionen erfolgt. Anknüpfend daran ist eine innerkommunale Funktionalreform erforderlich.

Der Bürokratieabbau wird mit der Auswertung der ersten Erfahrungen aus Pilotprojekten zum Standard-Kosten-Modell in anderen Bundesländern fortgesetzt. Schleswig-Holstein wird seine Schlüsse ziehen und ggfs. die Erfahrungen als Basis für weitere Maßnahmen nutzen. Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Verbindung mit der Etablierung von E-Government-Prozessen wird ein weiterer wichtiger Schritt sein. Auch die Einführung eines integrierten Finanzmanagementsystems zur Steigerung der Steuerbarkeit des Landeshaus-

haltenes und die Fortsetzung der Aufgabenkritik werden wichtige Impulse für einen grundlegenden Wandel in der Kultur der Landesverwaltung geben.

3. Wirtschaft und Arbeit

Neben den Konsolidierungsmaßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation des Landes ist es der Landesregierung gelungen, ihre politischen Schwerpunktfelder zu finanzieren. Die Stärkung von Wirtschaft und Wachstum ist dabei ein zentrales Anliegen.

3.1 Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein steht in Anbetracht der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes und immer noch bestehender struktureller Defizite vor großen Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, bündelt die Landesregierung in der nächsten Förderperiode der EU für die Jahre 2007 bis 2013 ihre aus den EU-Fonds mitfinanzierten Förderprogramme unter dem Dach des „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“.

Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein besteht dabei aus vier eigenständigen fondsspezifischen Programmen mit den gemeinsamen Zielen: Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein sowie die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

3.1.1 Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ (Federführung: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr) wird in der kommenden Förderperiode wie sein Vorläufer, das „Regionalprogramm 2000“, die Fördermöglichkeiten der EU nach dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ergänzende Landesmittel bündeln und damit den Projektträgern im ganzen Land einen einheitlichen Förderrahmen bieten. Grundlage und wesentliche Finanzierungsquelle des „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ ist der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE). Diesem Fonds liegt die „Lissabon-Strategie“ zugrunde, der zufolge Europa bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und stärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt werden soll. Die Schwerpunkte des „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ sind dieser Strategie entsprechend:

1. Innovation und wissensbasierte Wirtschaft,

2. Gründungsförderung und Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung insbesondere von KMU sowie
3. Ausgleich intraregionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer Entwicklungspotentiale.

Allein an EU-Mitteln stehen für das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ voraussichtlich 332 Mio. € zur Verfügung, was im Vergleich zur Förderperiode 2000 bis 2006 (ca. 231,5 Mio. €) eine deutliche Steigerung darstellt.

Die zur Kofinanzierung der EFRE-Mittel notwendigen Landesmittel werden teilweise im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds zur Verfügung gestellt.

Kommunale und sonstige öffentliche Mittel (wie z. B. aus der Städtebauförderung, Bundesmitteln) sowie private Mittel werden darüber hinaus zur Kofinanzierung eingesetzt.

Im „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ sind zur Abfederung des Eingriffs in den Kommunalen Finanzausgleich für die Jahre 2007-2009 Mittel für kommunale Vorhaben in Höhe von 34,4 Mio. Euro (von insgesamt 60 Mio. Euro) vorgesehen. Diese 34,4 Mio. Euro setzen sich aus 20 Mio. Euro EFRE-Mitteln und 14,4 Mio. Euro Landesmitteln aus dem Schleswig-Holstein Fonds zusammen.

3.1.2 Zukunftsprogramm Arbeit

Die arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkte des Zukunftsprogramms Arbeit (Federführung: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa) werden auf folgenden drei Handlungsfeldern liegen:

1. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
2. Förderung der Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein und
3. Arbeitsmarktintegration.

Das Zukunftsprogramm Arbeit wird, wie bereits das Vorgängerprogramm ASH 2000, mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und ergänzenden Landesmitteln finanziert werden. Das dafür zur Verfügung stehende ESF-Budget wird sich deutlich verringern. Während in der laufenden Förderperiode 2000 bis 2006 noch 170 Mio. € aus dem ESF zur Verfügung stehen, werden es nach dem derzeitigen Stand der Mittelverteilung (Juni 2006) zukünftig nur noch rd. 83 Mio. € sein. Nach Abzug des Mittelbedarfs für die sog. Technische Hilfe werden voraussichtlich rd. 80 Mio. € für die Umsetzung von Fördermaßnahmen und Projekten bereitstehen. Die zur Kofinanzierung dieser ESF-Mittel erforderlichen Landesmittel werden zentral im Einzelplan 09 veranschlagt. Für die Jahre 2007 bis 2011 sind dafür insgesamt

50,2 Mio. € eingeplant.

Zur Kofinanzierung werden zusätzlich noch Bundesmittel, Mittel der Kommunen sowie - nach der nun doch noch erfolgten Zulassung - private Mittel herangezogen werden.

3.1.3 Zukunftsprogramm Fischerei

Dem Fischereisektor fließen Mittel aus dem Europäischen Fischereifonds zu mit dem Ziel, die nachhaltige Fischerei- und Aquakulturwirtschaft zu fördern. Der Fonds unterstützt die Fischereiwirtschaft, wieder ein Gleichgewicht zwischen vorhandenen Ressourcen und den eingesetzten Fangkapazitäten entstehen zu lassen. Der Sektor soll ferner hingeführt werden zu einer nachhaltigen und umweltgerechten Nutzung der Ressourcen, um so die im Jahre 2002 reformierte Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU flankierend zu unterstützen. Wie für die anderen Strukturfonds gilt auch für den EFF als weitere allgemeine Zielrichtung die Förderung der Beschäftigung unter Berücksichtigung der Umweltbelange („Lissabon-Strategie“).

3.1.4 Zukunftsprogramm ländlicher Raum

Das „Zukunftsprogramm ländlicher Raum“ ist das schleswig-holsteinische Programm im Rahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik für die Förderperiode 2007-2013. Es zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume zu fördern und zu entwickeln.

Die Schwerpunktbereiche des Programms werden sein:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft,
- Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

3.2 Schleswig-Holstein Fonds (SH-Fonds)

Mit dem Schleswig-Holstein Fonds sollen die Schwerpunktbereiche Wachstum und Beschäftigung sowie Bildung und Forschung gestärkt werden. Im Rahmen des ersten Nachtrags Haushalts 2005 wurden hierfür bereits 35 Mio. € sowie im Haushalt 2006 weitere 80 Mio. € bereitgestellt. Im Jahr 2007 sind 120 Mio. €, im Jahr 2008 sind 90 Mio. € und im Jahr 2010 sind 100 Mio. € vorgesehen.

Diese Landesmittel verteilen sich auf Leuchtturmprojekte in diesen Schwerpunktbereichen, auf die Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung, auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auf Innovation, Technologie und Wissenschaft, auf Schul- und Hochschulbildung, auf Beschäftigung, auf Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege, auf die ver-

stärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur, auf die Förderung von Energiewirtschaft und –technologie und sonstige Landesmaßnahmen. Hinzu kommen Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) und Zinszuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank.

Über die gesamte Laufzeit 2005 bis 2009 ergibt sich derzeit folgende Verteilung der Landesmittel:

Bereich	Gesamtlaufzeit 2005 - 2009	
	in Mio. Euro	in %
Leuchtturmprojekte	47,5	11,5
Verstärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung	20,5	4,8
Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	131,6	31,0
Innovation, Technologie und Wissenschaft	20,7	4,9
Schul- und Hochschulbildung	25,6	6,0
Beschäftigung	23,0	5,4
Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege	9,6	2,3
verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur	78,8	18,5
Förderung von Energiewirtschaft und –technologie	12,9	3,0
Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds KIF	10,0	2,4
Zusätzliche Mittel für die Kommunen in Schleswig-Holstein	40,5	9,5
Externe Unterstützung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schleswig-Holstein Fonds	4,3	1,0
Insgesamt	425,0	100,0

Mit diesen Mitteln und den auszureichenden Darlehen soll ein Investitionsvolumen von insgesamt mehr als 1,7 Milliarden Euro in Schleswig-Holstein zugunsten der Schwerpunktbereiche Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung ausgelöst werden.

3.3 Wirtschaftsförderung

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden. Dabei kommt der Technologie-Infrastruktur eine verstärkte Bedeutung zu.

3.3.1 Berufliche Aufstiegsfortbildung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Durch Änderung des Gesetzes wurde dieser Anspruch ab dem Jahr 2002 erheblich ausgeweitet.

Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 19,4 Mio. € eingeplant. Davon werden vom Bund 13,3 Mio. € erstattet.

3.3.2 Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 29,5 Mio. € im Einzelplan 06 eingeplant.

Die Förderung erfolgt seit dem Jahr 2000 teilweise im Rahmen des Programms „ASH 2000“.

3.3.3 Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

Das Land Schleswig-Holstein ist mit 51 % des Stammkapitals Mehrheitsgesellschafter der WTSH, die drei Industrie- und Handelskammern halten insgesamt 40 % des Stammkapitals, die wichtigsten Hochschulen des Landes (ohne CAU) über eine Hochschul-GbR 9 %.

Das Land trägt in Form einer institutionellen Förderung nach § 44 LHO im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel 85 % der zuwendungsfähigen Aufwendungen, die verbleibenden 15 % werden durch die Industrie- und Handelskammern dargestellt. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 12,9 Mio. € vorgesehen.

3.3.4 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erfordert einen ständigen Innovationsprozess in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dazu bedarf es insbesondere einer stärker auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichteten Arbeit der Forschungseinrichtungen und einer beschleunigten Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Weiterhin zwingt der zunehmende weltweite Wettbewerbsdruck die Unternehmen dazu, ständig neues wissenschaftlich-technisches Wissen zu gewinnen und in immer kürzerer Zeit in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das ist jedoch mit erheblichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Viele kleine und mittlere Unternehmen können diese kostenintensive Forschung und Entwicklung gar nicht oder nur zeitverzögert finanzieren. Daher ist in Einzelfällen die Gewährung öffentlicher Zuschüsse geboten.

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Technologietransfer stehen im Planungszeitraum insgesamt 38,4 Mio. € im Einzelplan 06 zur Verfügung.

3.3.5 Informationswirtschaft und Multimedia

Die Anwendung multimedialer Techniken ist insbesondere bei den KMU noch nicht hinreichend eingeführt und verbreitet. Ein Ziel der Förderung ist es daher, den Nutzen der neuen Medien pilothaft zu demonstrieren, ihre breitere Anwendung zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu verbessern, z. B. durch die Förderung virtueller Unternehmen. Eingeplant sind für 2006 bis 2010 insgesamt 5,7 Mio. €.

3.3.6 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen werden deutschen Werften für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Insgesamt sind für den Planungszeitraum im Einzelplan 06 Landesmittel in Höhe von 21,6 Mio. € vorgesehen.

3.4 „Ziel: Zukunft im eigenen Lande“

Das Programm „Ziel“ steht auf drei Säulen:

3.4.1 „Regionalprogramm 2000“

Unter dem Dach des Regionalprogramm 2000 werden die Fördermittel der EU (EFRE/ Ziel-2), der Gemeinschaftsaufgabe(GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ergänzende Landesmittel gebündelt. Ziel des *Regionalprogramm 2000* ist die Unterstützung des Strukturwandels durch die Stimulierung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Dieses Ziel soll erreicht werden vor allem durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potenzials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen.

In den Auswahl- und Fördergrundsätzen (AFG-RP 2000) wurden 12 Maßnahmenbereiche festgelegt. Diese korrespondieren mit dem Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD) für die EFRE/Ziel-2-Förderung in SH. Im Kern handelt es sich dabei um die GA-Förderbereiche, ergänzt um Fördermöglichkeiten auch für „weiche“ (z.B. kulturelle) Infrastrukturprojekte, soweit mit ihnen wesentliche wirtschaftliche Effekte erzielt werden können.

In den Jahren 2006-2008 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet insgesamt 15,4 Mio. € an Landesmitteln bereitgestellt, und zwar

	<u>Mio. €</u>
2006	8,1
2007	3,4
2008	3,9

Das Regionalprogramm 2000 endet zum 31.12.2006 mit einer Auslauffinanzierung bis 31.12.2008.

3.4.2 ZAL – Zukunft auf dem Lande

Das ZAL-Programm läuft mit Wirkung vom 15. Oktober 2006 aus und wird ersetzt durch das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanzierte Zukunftsprogramm ländlicher Raum (vgl. Ziffer III. 3.1.4).

3.4.3 „ASH 2000“

Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche zu schaffen, ist das vorrangige Ziel der Arbeitsmarktförderung der Landesregierung. Seit dem Jahr 1989 werden in nahtlos aneinander anschließenden Arbeitsmarktprogrammen ESF- und Landesmittel für diesen Zweck eingesetzt.

In der ESF-Förderperiode, die vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2006 mit zwei Auslaufjahren läuft, fördert die Landesregierung mit dem Arbeitsmarktprogramm „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ (ASH 2000) die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Ziel ist dabei, eine Ausgewogenheit zwischen struktur- und sozialpolitischer Ausrichtung zu erreichen. ASH 2000 ist eine Säule der Zukunftsinitiative "ziel": Zukunft im eigenen Land.

ASH 2000 setzt sich seit der Neuausrichtung im April 2004 aus den folgenden sechs Handlungsfeldern zusammen:

- Jugendliche,
- Arbeitsmarktintegration,
- Qualifizierung,
- Impulse und Chancengleichheit,
- Mittelstand,
- Existenzgründung.

Zur Kofinanzierung der ESF-Mittel der laufenden Förderperiode, die bis zum 31. Dezember 2006 bewilligt und bis Anfang 2008 ausgezahlt werden, sind für die Auslaufjahre des Programms im Einzelplan des MJAE Haushaltsmittel in Höhe von rd. 6,3 Mio. € für das Jahr 2007 und rd. 1,9 Mio. € für das Jahr 2008 veranschlagt. Zusätzlich werden Haushaltsmittel des MWV und MBF sowie Landesmittel beispielsweise in Form von angerechneten Lehrerstunden, Bundesmittel, kommunale Mittel und private Mittel zur Kofinanzierung der ESF-Mittel herangezogen.

Mit Beginn der neuen ESF-Förderperiode am 01.01.2007 wird ein neues Arbeitsmarktprogramm aufgelegt (siehe Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein).

3.5 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen des "Regionalprogramm 2000"
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ab 2006 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

	<u>Mio. €</u>
2006	20,2
2007	18,2
2008	22,2
2009	23,4
2010	24,8

Eine Verstärkung/Vernetzung mit dem EU-Strukturfonds "EFRE Ziel 2" ist vorgesehen.

4. Bildung

Neben der Stärkung von Wirtschaft und Wachstum gehört der Bildungsbereich zu den Schwerpunktfeldern der Landespolitik, die trotz der erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen intensiviert und mit den notwendigen Ressourcen unterstützt werden.

4.1 Hochschulen

Die Hochschulen erhalten auch in den Jahren 2006 ff. weitgehend globalisierte Haushalte. Die einzelnen Hochschulen des Landes sind ab dem Haushaltsjahr 2006 im Kapitel 0620 - MG 06 nur mit jeweils einem Zuschusstitel für den Betrieb und die Investitionen veranschlagt. Die Bewirtschaftung durch die Hochschulen erfolgt ab 2006 außerhalb des Landeshaushaltes.

Zuschuss Haushaltssoll	2006: rd. 234,3 Mio. €
Zuschuss Haushaltsentwurf	2007: rd. 235,8 Mio. €
Zuschuss Haushaltsentwurf	2008: rd. 235,0 Mio. €
Zuschuss in MFP	2009: rd. 235,0 Mio. €
Zuschuss in MFP	2010: rd. 235,0 Mio. €

Zum Abschluss eines Hochschulvertrages auf der Grundlage der Empfehlungen der sog. Erichsen-Kommission sind zusätzliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Einrichtung eines Innovationsfonds veranschlagt bzw. eingeplant (Kapitel 0620 – TG 75 und TG 85).

Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)

Der Bund wird sich bis 2013 aus der Mitfinanzierung der GA zurückziehen. Für diese Übergangszeit werden den Ländern Haushaltsmittel als zweckgebundene Finanzhilfe anteilig bereitgestellt, die sich aus dem Durchschnitt der Bauausgaben errechnen, die die Länder von 2000 bis 2003 für Bauprojekte erhalten haben.

Von den insgesamt bereitgestellten 1,0 Mrd. € werden dabei im Rahmen der Föderalismusreform den Ländern künftig nur noch 70 % (695,3 Mio. €) direkt übertragen. 30 % verbleiben beim Bund für die so genannte überregionale Forschungsförderung nach dem neu geplanten Artikel 91b Abs. 1 GG. Als feststehende Größe wird der Bund bis zum 31.12.2013 jährliche Zahlungen in Höhe von 17,7 Mio. € an Schleswig-Holstein als Ersatz für die weggefallene GA Hochschulbau leisten. Um wegfallende Bundesmittel nicht durch Landesmittel zu ersetzen, wurde auf der Ausgabeseite eine wesentliche Reduzierung des bisher in der MFP festgelegten Plafonds der GA vorgenommen und die bisher im Kapitel 1206 zu 100 % landesfinanzierten laufenden und neuen Großen Baumaßnahmen (ohne Bauunterhaltung und Kleine sowie ohne „Große Blaue Liste Vorhaben“ wie z.B. die Leibnizinstitute) mit einem jährlichen Ausgabevolumen von 5 bis 7,5 Mio. € mit in den Plafond GA einbezogen. Die bereits erstmalig 2006 im Kapitel 1212 gesondert veranschlagten und nicht kofinanzierten Baunebenkosten (BNK) von 6 Mio. € wurden nunmehr in den Titel 1211-712 33 BNK umgesetzt. Somit verbleiben im Kapitel 1212 GA Hochschulbau (neu: Ausbau und Neubau von Hochschulen) nur noch die kofinanzierten Ersteinrichtungs- und Bautitel. Der neue Gesamtansatz beläuft sich hierfür auf 50,0 Mio. € in 2007 und jährlich 45,0 Mio. € in 2008 ff. Der bis 2014 gruppenspezifisch vom Bund zweckgebunden bereitgestellte Festbetrag Hochschulbau von 17,7 Mio. € hat dabei den Vorteil, dass Schleswig-Holstein künftig selbst über den Baubeginn von neuen Baumaßnahmen innerhalb seiner finanziellen Möglichkeiten entscheiden kann.

Für die im Kapitel 1212 (Ausbau und Neubau von Hochschulen) veranschlagten Maßnahmen stehen in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 240 Mio. Euro zur Verfügung. Diese verteilen sich wie folgt:

MG 01 – Landesfinanzierter Hochschulbau – 6,7 Mio. Euro

TG 70 – Leasing-Vorhaben Universitätsbibliothek Kiel – 17,3 Mio. Euro

TG 71, 72 und 82 – Fachhochschulen Lübeck, Kiel und Westküste – 22,5 Mio. Euro

TG 73, 74 und 77 – Universitäten Kiel, Lübeck und Flensburg – 65,8 Mio. Euro

TG 75 und 79 – Universitätsklinikum S-H, Campus Lübeck und Kiel – 97,0 Mio. Euro

TG 83 – Muthesius Kunsthochschule Kiel – 5,0 Mio. Euro

Sonstige (norddeut. Höchstleistungsrechner, Zuwendung an FH Wedel) – 25,7 Mio. Euro

4.2 Schulen

Bis zum Schuljahr 2009/2010 beträgt der zusätzliche Lehrerbedarf rd. 1.200 Stellen. Zur Deckung dieses wachsenden Lehrerbedarfs werden in den Haushalten von 2006 bis 2009 insgesamt 700 zusätzliche Lehrerstellen mit einem Finanzierungsvolumen von 34,8 Mio. € geschaffen. Weitere 500 Lehrerstellen werden durch die Erhöhung der Pflichtstunden und durch Maßnahmen der Schulentwicklung innerhalb des Systems gedeckt.

In den Jahren 2006 und 2007 stehen für die Einführung des Englischunterrichts ab der dritten Grundschulklasse insgesamt 200 Stellen zur Verfügung. Weitere 250 neue Stellen dienen dem Ausbau der „Verlässlichen Grundschule“ und der Unterrichtsgarantie laut Stundentafel an den Grundschulen bis zum Schuljahr 2010/2011.

Darüber hinaus wird ab 2006 mit je 40 Stellen jährlich aufwachsend ein Förderfonds zur Unterstützung von Konzepten zur Vermeidung des Sitzen Bleibens und von Rückstufung sowie zu neuen Formen längeren gemeinsamen Lernens in der Gemeinschaftsschule finanziert.

Ab dem Schuljahr 2010/2011 wird der Lehrkräftebedarf insbesondere infolge der demografischen Entwicklung sinken.

Das Lehrpersonalkostenbudget entwickelt sich wie folgt (Ausgabenvolumen):

Haushaltssoll 2006: rd. 1.124,7 Mio. €

Haushaltsentwurf 2007: rd. 1.120,8 Mio. € zzgl. einer Rücklage von 6,5 Mio. €

Haushaltsentwurf 2008: rd. 1.133,3 Mio. €

MFP 2009: rd. 1.148,0 Mio. €

MFP 2010: rd. 1.155,2 Mio. €

Der Ausbau von Ganztags- und Betreuungsangeboten an Schulen wird bis 2010 mit insgesamt 26,0 Mio. € gefördert, die Qualitätssicherung mit rd. 1 Mio. Euro im Finanzplanungszeitraum weiter entwickelt. Der Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall wird mit jährlich 12,1 Mio. € fortgeführt.

Mit der zwischen dem Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ liegen die Rahmenbedingungen für Finanzhilfen für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen, zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen, zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagschulen und zur qualitativen Weiterentwicklung bestehender Ganztagschulen vor. Schleswig-Holstein wird bis 2007 Finanzhilfen im Umfang von rd. 135 Mio. € erhalten.

Für die Jahre 2008 und 2009 ist eine zusätzliche Förderung aus Landesmitteln im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds mit jährlich 5 Mio. € vorgesehen.

Die Landeshauptstadt Kiel plant die Errichtung eines Regionalen Berufsbildungszentrums (RBZ) als PPP-Pilotprojekt unter finanzieller Beteiligung des Landes. In Fortführung des SH-Fonds über das Jahr 2009 hinaus sollen ab dem Jahr 2010 weitere Mittel in Höhe von 15 Mio. Euro hierfür bereitgestellt werden.

4.3 Kindertagesstätten

Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals, die seit 2004 über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sind im Finanzplanungszeitraum 300,0 Mio. € eingeplant.

Für die vorschulische Sprachförderung werden im Finanzplanungszeitraum insgesamt 27,0 Mio. € veranschlagt.

5. Innere Sicherheit

5.1 Polizei

Für die innere Sicherheit werden von 2006 bis 2010 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd. 1,9 Mrd. € ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 1,5 Mrd. €. Für die Be-

schaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge (Leasing und Kauf) sind Ausgaben in Höhe von zusammen rd. 27,4 Mio. € vorgesehen. 140 Nachwuchskräfte sollen 2007 in den Polizeidienst eingestellt werden. Für die Beschaffung neuer Boote für die Wasserschutzpolizei werden 2006 bis 2010 22,7 Mio. € veranschlagt. Für den Aufbau und Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems sind Mittel i. H. v. 76,3 Mio. € (davon 52,9 Mio. € Investitionen) eingeplant.

5.2 Justiz

Die Modernisierung und Automatisierung von Geschäftsprozessen der Justiz wird fortgesetzt (vgl. hierzu Ziff: III. 6.3 „Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government“).

Im Finanzplanungszeitraum soll die Amtsgerichtsstrukturreform umgesetzt werden. Zur Schaffung effektiver Strukturen werden die kleinen Amtsgerichte aufgelöst. Ihre Aufgaben werden mit dem Personal auf benachbarte Amtsgerichte verlagert. Im Finanzplanungszeitraum sind für Umbaumaßnahmen bei den aufnehmenden Gerichten, Umzugskosten, Trennungsschädigungen und andere Folgekosten 6,5 Mio. € veranschlagt. Diesen Ausgaben stehen Einsparungen bei Mieten und Bewirtschaftung sowie Personal gegenüber.

Zum 01.05.2006 ist die Zuständigkeit für die Arbeitsgerichtsbarkeit auf das MJAE übergegangen. Die Einnahmen und Ausgaben dieses Bereichs sind in Kapitel 0909 des Landeshaushalts veranschlagt.

6. Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government

Die Landesregierung ist bestrebt, moderne E-Government-Strukturen und –prozesse zu entwickeln und zu implementieren. Die dabei entstehenden technischen und organisatorischen Strukturen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) der Landesverwaltung sollen auch von anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein insbesondere den Kommunen genutzt werden. Für den Betrieb und die Fortentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien des Landes Schleswig-Holstein stehen im Kapitel 1103 bis 2010 jährlich durchschnittlich rd. 105,0 Mio. € (Ausgaben) zur Verfügung.

6.1 Landesnetz SH

Die Basis der Entwicklungen im E-Government ist das Landesnetz Schleswig-Holstein. Dieses Netz integriert das Sprachnetz und das Datennetz zu einem Universalnetz. Zzt. werden als größerer Verwaltungsbereich die Schulverwaltungen des Landes Schleswig-Holstein (ca. 1.000 Dienststellen) an das Landesnetz angebunden. Für den Betrieb und den voran genannten Ausbau des Landesnetzes werden in 2006 sowie in den kommenden Haushaltsjahren 2007 und 2008 jährlich rd. 30,0 Mio. € bereitgestellt. Bis 2010 sind für den Betrieb und den Endausbau des Landesnetzes weitere 70,0 Mio. € im Kapitel 1103 veranschlagt.

Ziel ist es, das Landesnetz SH durch den Einsatz von IP-Telefonie innerhalb der nächsten 3 Jahre zu einem hochflexiblen Universalnetz der öffentlichen Verwaltungen in Schleswig-Holstein auszubauen. Nach Fertigstellung des Landesnetzes SH ist durch die dann mögliche Umstrukturierung der Telekommunikationsanlagen mit deutlichen Kostensenkungen zu rechnen.

6.2 E-Government-Plattform

Ein weiterer wesentlicher Baustein des E-Government ist der Aufbau und der Betrieb einer E-Government-Plattform. In Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird mit Nachdruck an den technischen und prozessualen Infrastrukturen gearbeitet. Durch den Einsatz einer gemeinsamen E-Government-Plattform können künftig länderübergreifende IT-Verfahren wie z. B. das automatisierte Meldewesen (Fachverfahren des IM) wirtschaftlicher betrieben werden. In 2006 werden für diese Entwicklungen rd. 2,5 Mio. € bereitgestellt. Ab 2007 bis 2010 sind für die Entwicklung, den Betrieb und die Fortentwicklung von E-Government-Infrastrukturen durchschnittlich rd. 6,0 Mio. € veranschlagt.

6.3 Wichtige Entwicklungen der Ressorts im E-Government

Im **Ministerium für Bildung und Frauen (MBF)** wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Kommunikationsbeziehungen mit den Schulverwaltungen liegen. In der Entwicklung befindet sich eine landeseinheitliche IT-Ausstattung der Schulverwaltungen auf der Grundlage des Landessystemkonzeptes als Basis für die Nutzung der E-Government-Anwendungen des Landes und die Entwicklung eigener E-Government-Anwendungen. Vorgesehen ist in einem ersten Schritt die Nutzung bzw. der Ausbau des Intranets der Landesregierung als Informationspool für die Schulverwaltungen. Für die Er-

stellung der erforderlichen Konzepte und den Aufbau der erforderlichen zentralen Infrastruktur werden bis 2010 ca. 350 T€ benötigt.

Das **Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa (MJA)** setzt die Modernisierung und Automatisierung von Geschäftsprozessen der Justiz fort. So werden durch die Projekte MEGA, EUREKA-FACH, MESTA, Elektronischer Briefkasten, Schleswig-Holsteinsches elektronisches Mahnverfahren, Elektronisches Grundbuch, Registerautomation, Justizportal, Datenaustausch Polizei-Justiz, IT-Einsatz im Justizvollzug und in der Bewährungshilfe wichtige Bausteine zum Ausbau des Elektronischen Rechtsverkehrs gesetzt. Daneben gilt es, den Justiznetzverbund über das Projekt „Sanfte Migration“ an den Landesstandard anzupassen.

Für den Betrieb, die Pflege und Fortentwicklung der Fachverfahren sowie die Umsetzung der IT-Vorhaben wird im Doppelhaushalt 2007/2008 insgesamt mit einem Volumen von ca. 17,0 Mio. € geplant. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 2010 stehen Haushaltsmittel i.H.v. rd. 16,1 Mio. € zur Verfügung.

Im **Innenministerium (IM)** sind neben der Automatisierung des Meldewesens besonders die Kooperationsmaßnahmen der Vermessungs- und Katasterverwaltung mit der Freien und Hansestadt Hamburg zum Geo-Management (z. B. Geoserver, Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung, ATKIS – Digitales Landschaftsmodell/Modell und Kartographische Generalisierung pp.) sowie die Kooperationsmaßnahmen der Landespolizei Schleswig-Holstein bei der Entwicklung von polizeilichen Fachanwendungen z. B. mit dem INPOL-POLAS-Competence-Center der Länder und der Bundespolizei (@rtus-Entwicklung, @rtus/INPOL/EDDI-Pflege und Betrieb – Vorgangsbearbeitung der Polizei, MERLIN – Ermittlungsunterstützende Software pp.) hervorzuheben. Für den Betrieb, die Pflege sowie die Weiterentwicklung dieser Fachverfahren sind in 2007 rd. 10,5 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig sind bis 2010 weitere 30,6 Mio. € eingeplant.

Das **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR)** ist stark durch gesetzliche Vorgaben der EU bei der Automatisierung von Geschäftsprozessen und deren Nutzung über das Internet gebunden. Der Schwerpunkt der künftigen Entwicklungen liegt in der Öffnung der Antrags- und Nachweisverfahren für die landwirtschaftliche Förderung (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem INVEKOS), angereichert um Geoinformationssysteme und optionale „qualifizierte Signaturen“. Hohe Priorität haben auch die laufenden Verfahren für die Sammlung, Verwaltung, Aufbereitung und Nutzung von Umweltdaten insbesondere für die Großverfahren zur Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie, des abfallwirtschaftlichen Informationssystems (AWIS), der Unterstützung der Umsetzung der

Richtlinien NATURA 2000 und in der Bereitstellung von Planungsdaten und Geobasisdaten für den Geschäftsbereich MLUR (Kopfstellen für Natur- und Umweltinformationssysteme sowie Geodaten pp.). Für den Betrieb und die Fortentwicklung der Maßnahmen sind in 2006 rd. 11,0 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig sind bis 2010 rd. 30,0 Mio. € eingeplant.

Die Entwicklungen im Bereich des **Finanzministeriums (FM)** sind geprägt durch die Neustrukturierung der Steuerverwaltung und den Beitritt zum EOSS-Verbund (Evolutionär Orientierte Steuer Software - Bayern, Saarland und die neuen Länder). Für die Neustrukturierung und den Betrieb sowie die Fortentwicklung der steuerlichen Fachverfahren (z. B. Einführung EOSS, Entwicklung und Betrieb KONSENS, technische Anpassungen an den Landesstandard IKO III pp.) sind in 2006 rd. 7,0 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig bis 2010 sind rd. 27,8 Mio. € für diese und rd. 44,1 Mio. € für die Summe aller Maßnahmen der Steuerverwaltung eingeplant.

IV. Eckdaten des Finanzplans 2006 bis 2010

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	2006	8.230,7	
Haushaltsentwurf	2007	8.327,8	+ 1,2
Haushaltsentwurf	2008	8.427,3	+ 1,2
Planung	2009	8.479,2	+ 0,6
Planung	2010	8.484,0	+ 0,1

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	2006	6.656,0	
Haushaltsentwurf	2007	6.981,3	+ 4,9
Haushaltsentwurf	2008	7.180,7	+ 2,9
Planung	2009	7.384,2	+ 2,8
Planung	2010	7.623,0	+ 3,2

Für die Neuverschuldung des Landes ergibt sich folgende Entwicklung:.

		<u>Mio. €</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio. € -</u>
Haushalt	2006	1.562,3	
Haushaltsentwurf	2007	1.316,6	- 245,8
Haushaltsentwurf	2008	1.220,6	- 95,9
Planung	2009	1.075,0	- 145,6
Planung	2010	850,0	- 225,0

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die **Anlagen 1 bis 3**.

V. Die Einnahmenseite des Finanzplans

1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen ist die Steuerschätzung auf der Basis des regionalisierten Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. bis 11. Mai 2006.

Gegenüber den letzten Steuerschätzungen vom Mai bzw. November 2005 wurden dabei die finanziellen Auswirkungen folgender Steuerrechtsänderungen berücksichtigt:

- Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes,
- Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm,
- Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen,
- Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage,
- Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung,
- Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen,
- Haushaltsbegleitgesetz 2006 einschl. der darin enthaltenen Erhöhung der Umsatzsteuer und der Versicherungssteuer um 3 v.H.-Punkte ab 2007.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich danach wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnahmen ²⁾	LFA	BEZ	Insgesamt	Zuwachs	
					Mio. €	v.H.
					Mio. €	
2006 ¹⁾	5.079,0	95,5	116,2	5.290,7		
2007	5.389,4	91,2	99,3	5.579,9	+ 289,2	+ 5,5
2008	5.605,7	96,3	102,1	5.804,1	+ 224,2	+ 4,0
2009	5.773,5	104,9	106,9	5.985,3	+ 181,2	+ 3,1
2010	6.000,1	115,5	112,9	6.228,5	+ 243,2	+ 4,1

¹⁾ Haushaltssoll

²⁾ einschl. vorsorglich eingeplanter globaler Steuermindereinnahmen in Höhe von 25 Mio. € für 2006 bzw. 100 Mio. € für 2007 und jeweils 50 Mio. € für 2008 bis 2010

2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse, Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2006	439,5
Haushaltsentwurf	2007	502,7
Haushaltsentwurf	2008	505,7
Planung	2009	522,9
Planung	2010	524,5

Nach der Fertigstellung der Pipeline von der Mittelplate nach Dieksand erhöht sich die Erdölfördermenge in Schleswig-Holstein deutlich. Durch die erhöhte Menge, den gestiegenen Ölpreis und die Erhöhung des Förderzinses werden Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 260 Mio. € im Finanzplanungszeitraum erwartet.

3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2006	785,9
Haushaltsentwurf	2007	758,9
Haushaltsentwurf	2008	760,3
Planung	2009	779,0
Planung	2010	780,4

4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahme am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im Wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
 - ° zur Wohnraumförderung
 - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
 - ° für Ganztagsbetreuung
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2006	226,0
Haushaltsentwurf	2007	211,7
Haushaltsentwurf	2008	190,3
Planung	2009	190,2
Planung	2010	199,7

5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird maßgeblich bestimmt von der Höhe und Fälligkeitsstruktur der Altschulden und der Entwicklung der Neuverschuldung. Die gesamten Kreditmarktschulden betragen per 31.12.2005 rd. 20,9 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Schulden bei öffentlichen Haushalten betrug der Schuldenstand (fundierte Schulden) rd. 21,3 Mrd. €. Im Zuge der anhaltend hohen jährlichen Neuverschuldung hat sich die gesamte Verschuldung des Landes in den Jahren ab 2002 bis Ende 2005 um fast 30% erhöht. Durch die Entwicklung der Verschuldung steigen zwangsläufig das Tilgungsvolumen in den Folgejahren und damit die zur Finanzierung erforderlichen Anschlusskredite.

Im Rahmen der mit der Regierungsneubildung verbundenen Darstellung der finanziellen Risiken hatte sich die Neuverschuldung in 2005 mit 1,48 Mrd. € zunächst deutlich erhöht. Ausgehend von diesem Niveau wird ab 2007 mit der Einleitung des Konsolidierungskurses von

einer schrittweisen Reduzierung der Kreditneuaufnahme ausgegangen. Insgesamt ist im weiteren Verlauf eine Rückführung des Schuldenzuwachses um knapp die Hälfte bis 2010 auf dann 850 Mio. € vorgesehen. Auch wenn die schrittweise Rückführung der Neuverschuldung bereits eingeleitet ist, wird die starke Beanspruchung des Kreditmarktes durch das Land aufgrund des mittlerweile erreichten hohen Schuldenstandes auch in den nächsten Jahren anhalten.

Im Einzelnen entwickeln sich die Neuverschuldung und die am Kreditmarkt zu finanzierende Bruttokreditaufnahme, die zusätzlich auch die Anschlussfinanzierung für die fälligen Tilgungen umfasst, wie folgt:

Haushaltsjahr	Bruttokreditaufnahme	Neuverschuldung	Kreditfinanzierungsquote
	- in Mio. € -		- in v.H. -
2006	4.065,0	1.562,3	19,0
2007	4.552,8	1.316,6	15,8
2008	3.795,2	1.220,6	14,5
2009	3.269,5	1.075,0	12,7
2010	3.102,8	850,0	10,0

Bemerkenswert ist, dass sich der Bruttokreditbedarf in 2007 zunächst relativ deutlich erhöht und in den Folgejahren wieder nennenswert sinkt. Für den Anstieg ist das besonders hohe Fälligkeitsvolumen von Wertpapieren, die zum damaligen Zeitpunkt von Investorensseite verstärkt nachgefragt wurden, ursächlich. Die spätere Absenkung ist hingegen darauf zurückzuführen, dass das Kredit- und Zinsmanagement des Landes die Niedrigzinsperiode der letzten Jahre gezielt dazu genutzt hat, die Laufzeit der Festsatzfinanzierungen zu verlängern. So betrug die durchschnittliche Laufzeit der Festsatzverpflichtungen stets zwischen 7 und 8 Jahre. Somit wird das historisch niedrige Zinsniveau für einen langen Zeitraum gesichert bzw. das Risiko von Zinsmehrausgaben aufgrund steigender Kapitalmarktzinsen vermindert. Zur Entwicklung der Tilgungen wird auf die Ausführungen unter Ziff. VI. 3.3 verwiesen.

Im Zuge der schrittweise eingeleiteten Haushaltskonsolidierung und der kontinuierlichen Absenkung der Neuverschuldung reduziert sich auch die Kreditfinanzierungsquote (= Nettokreditaufnahme in v.H. der Nettoausgaben) von 19% in 2006 auf nur noch 10% am Ende des Planungszeitraums (2010).

VI. Die Ausgabenseite des Finanzplans

1. Personalausgaben

Die Personalausgaben sinken von 3.135 Mio. € in 2006 auf 3.042 Mio. € in 2007 und steigen 2008 auf 3.106 Mio. € an. Die Personalkostenquote von 38,1 % fällt auf 36,6 und 37 % in 2007 und 2008. Insbesondere aufgrund vorsorglich zentral im Einzelplan 11 veranschlagter Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen und steigender Versorgungszahlungen steigen die Personalausgaben insgesamt bis 2010 wieder an. Die Landesregierung wird daher an einer ständigen Aufgabenkritik festhalten, um durch Aufgabenabbau zu einer weiteren Absenkung der Personalausgaben zu kommen.

Bei den Personalausgaben der Ressorts zeigen sich ab 2007 die Auswirkungen der Umsetzung des Personaleinsparkonzeptes mit der Vorgabe, außerhalb von Kernbereichen in Ministerien 7,5 und in nachgeordneten Behörden 15 % bis 2010 einzusparen, zudem die Einsparungen aufgrund der Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte in Höhe von 2,5 %. Ausgenommen von diesen Einsparungen sind Richter und Staatsanwälte sowie Polizeibeamte, es sei denn, sie nehmen ausschließlich Verwaltungsaufgaben wahr, sowie Schwerbehinderte. Die rechnerischen Einsparungen im Lehrerbereich werden für bildungspolitische Maßnahmen eingesetzt. Für 225 neue Lehrerstellen in 2007 und 2008 sind insgesamt 9,3 Mio. € zusätzliche Mittel erforderlich.

Die angestrebten Einsparungen im Rahmen des Personaleinsparkonzeptes sollen durch personalwirtschaftliche Maßnahmen wie beispielsweise Altersteilzeit, Vorruhestand und Verbeamtung unterstützt werden.

1.1 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) sind Bund und Länder verpflichtet, Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2017 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. § 14 a BBesG sieht außerdem vor, den Versorgungsrücklagen bis Ende 2017 zusätzlich 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 zuzuführen. Die auf den 31.12.2002 folgenden 8 allgemeinen Besoldungserhöhungen werden nicht vermindert.

Die auf die vorangegangenen Besoldungsanpassungen beruhenden Zuführungen an die Versorgungsrücklage bleiben unberührt. Die sich insgesamt ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Am 31.12.2005 betrug das Gesamtvermögen des Sondervermögens Versorgungsrücklage 85,3 Mio. €

Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Deutschen Bundesbank – Hauptverwaltung Hamburg - übertragen worden. Im Zeitraum 2006 bis 2010 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2006	21,0
Haushaltsentwurf	2007	22,9
Haushaltsentwurf	2008	27,1
Planung	2009	29,1
Planung	2010	31,8

1.2 Stellenplan

1.2.1 Stellenplan 2007

Der Stellenplan 2007 weist insgesamt 51.898 Planstellen und Stellen aus.

Davon entfallen 49.360 Planstellen (2006: 49.705) und Stellen auf die Landesverwaltung und 2.538 (2006: 2.538) Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Insgesamt vermindert sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 2006 (52.243) um 345 Stellen. Dem Stellenzugang von 189 Stellen steht die Reduzierung um 534 Stellen gegenüber.

1.2.2 Stellenplan 2008

Gegenüber 2007 vermindert sich die Gesamtstellenzahl des Landes in 2008 um weitere 34 Stellen auf 51.864 Planstellen und Stellen. Davon entfallen auf die Landesverwaltung 49.327 Planstellen und Stellen und auf die Landesbetriebe 2.537 Planstellen und Stellen. Für den Schulbereich sind weitere 70 neue Planstellen und Stellen sowie eine neue Ausbildungsstelle in der Landtagsverwaltung vorgesehen. Die Einsparungen in 2008 betragen insgesamt 105 Planstellen und Stellen, von denen 70 Stellen auf die Reduzierung der Anwärterstellen in der Steuerverwaltung entfallen. Weitere 21 Planstellen und Stellen werden nach partiellem Abschluss der Umstellung von Grundbüchern und Registern auf elektronische Führung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingespart.

1.3 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben werden sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Verän- derung
		Mio. €				in v. H.
Haushalt	2006	2.135,9	786,8	211,9	3.134,7	
Haushaltsentwurf	2007	2.039,5	782,3	219,8	3.041,6	- 3,0
Haushaltsentwurf	2008	2.071,8	808,0	225,9	3.105,7	+ 2,1
Planung	2009	2.191,8	832,6	233,6	3.258,0	+ 4,9
Planung	2010	2.267,4	857,9	243,4	3.368,8	+ 3,4

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 441,4 Mio. € (2006) auf 486,3 Mio. € (2010). Der Ausgabenzuwachs entsteht im Wesentlichen bei den sog. Auslagen in Rechts-sachen (z.B. Prozesskostenhilfe, Sachverständigenkosten, Betreuervergütungen) sowie bei den Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen im IT-Bereich (Ka-pitel 1103). In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio. €	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2006	441,4	
Haushaltsentwurf	2007	454,5	3,0
Haushaltsentwurf	2008	457,9	0,7
Planung	2009	485,6	6,0
Planung	2010	486,3	0,2

3. Ausgaben für den Schuldendienst

3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die aktiven Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur Optimierung der Zinsausgaben unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten.

Die Zinsausgaben werden geprägt durch den starken Anstieg der Verschuldung der letzten Jahre, insbesondere seit Ende 2001 um fast 30%. Nach der jahrelangen Phase niedriger Zinsen und dem Erreichen historischer Tiefststände im Herbst 2005 hat seit Jahresbeginn 2006 ein deutlicher Anstieg des gesamten Zinsniveaus eingesetzt. So sind die Sätze über alle Laufzeiten um ca. einen vollen Prozentpunkt gestiegen. Die aktuellen Planungen der Zinsausgaben für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum sehen einen weiteren moderaten Anstieg der Zinsen auf ein Niveau zwischen 4% bis 5% vor. Aufgrund der Entwicklung der Verschuldung und der Zinsen hat sich das Potenzial steigender Zinsausgaben erhöht.

Bereits seit Beginn der 90er Jahre setzt das Land ergänzend zur Kreditaufnahme mit nachweisbarem Erfolg Finanzderivate zur Optimierung der Zinsausgaben ein. Mit diesen Instrumenten kann, unabhängig von der Laufzeitstruktur der Kredite, die Zinsbindungs- und damit Kostenstruktur flexibel gesteuert werden.

Seit Einführung der Outputorientierten Budgetierung für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ im Jahre 2002 werden die gesamten Zinsausgaben des Landes aus Krediten und Finanzderivaten zusammenhängend unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen mit Hilfe eines Portfolioverfahrens (PERZ SH) geplant und gesteuert. Die bisherige Steuerung der haushaltsmäßig veranschlagten Zinsausgaben wird dabei durch eine wirtschaftliche Betrachtung ergänzt.

Entwicklung der wirtschaftlichen Ergebnisse

Im Rahmen einer aktiven Portfoliosteuerung wird ein positives wirtschaftliches Ergebnis angestrebt. Ein derartiges Ergebnis bedeutet, dass die haushaltsmäßigen Zinsausgaben niedriger ausfallen als die Zinsausgaben des vorgegebenen Referenz-Portfolios. Die Steuerung der Ergebnisse erfolgt unter Beachtung der vom Parlament vorgegebenen Höchstgrenze für das zulässige Zinsänderungsrisiko (Gefahr höherer Zinsausgaben aufgrund unerwarteter Zinsänderungen). Die für die Jahre 2007 und 2008 haushaltsgesetzlich verankerte Höchstgrenze für die Zinsänderungsrisiken beträgt 50 bzw. 95 Mio. €.

Ein positives Ergebnis kann nur durch ein aktives, an den Marktentwicklungen orientiertes Kredit- und Zinsmanagement erreicht werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine gezielte Steuerung der Laufzeitstruktur des Darlehenbestandes unter Berücksichtigung der Finanzderivate im Vergleich zum Referenz-Portfolio. In 2005 wurde im Vergleich zum Referenz-Portfolio ein positives wirtschaftliches Ergebnis von rund 122 Mio. € (Vorjahr: 108 Mio. €) erzielt. Bei einem passiven Kredit- und Zinsmanagement entsprechend dem Referenz-Portfolio (konstante Laufzeit, kein Derivateinsatz), wären Zinsmehrausgaben in der genannten Höhe entstanden. Im laufenden Jahr 2006 und im kommenden Jahr wird sich die positive Ergebnisentwicklung mit rd. 90 Mio. € in 2006 und rd. 54 Mio. € in 2007 weiter fortsetzen. Auch in den Folgejahren kann mit positiven Ergebnisbeiträgen gerechnet werden. Die Rückbildung der erwarteten positiven Ergebnisse in 2006 und vor allem in den Jahren 2007/2008 ist insbesondere auf die gezielten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zurückzuführen. Im Zuge der Niedrigzinsphase der letzten Jahre wurde frühzeitig die Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur verlängert bzw. der Anteil der variablen Zinsverpflichtungen reduziert. Den zunächst etwas höheren Zinsausgaben steht eine Reduzierung der Zinsänderungsrisiken in den Folgejahren gegenüber.

Entwicklung der haushaltsmäßigen Ergebnisse

Trotz des deutlichen Anstiegs der Neuverschuldung in den letzten Jahren sind die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben bislang weitgehend konstant geblieben. Die Mehrausgaben aus der Neuverschuldung konnten aufgrund des länger anhaltenden Rückgangs der Kapitalmarktzinsen und der hierauf ausgerichteten aktiven Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements kompensiert werden.

Aufgrund des starken Anstiegs der Verschuldung, der damit verbundenen kumulierten Zinsbelastung und des trendmäßigen Zinsanstiegs werden die Zinsausgaben in den Jahren ab 2006 nicht mehr auf dem bereits erreichten Niveau stabilisiert werden können.

Weiterhin ist ein Struktureffekt innerhalb des Schuldenbestandes zu beachten. So fallen in den kommenden Jahren die Entlastungseffekte aus günstigeren Anschlusskrediten deutlich geringer aus, da die zu refinanzierenden Kredite zunehmend nicht mehr aus Phasen mit höherer Verzinsung stammen. Die Effekte führen insgesamt dazu, dass die Zinsausgaben ab dem Jahre 2007 relativ deutlich mit Zuwachsraten oberhalb des Wirtschaftswachstums ansteigen werden. Der außerordentliche Anstieg in 2007 ist vor allem auf die besondere Tilgungsstruktur (hohes Fälligkeitsvolumen niedrig verzinslicher Darlehen) zurückzuführen. Zudem sind im Zuge des zu erwartenden Zinsanstiegs gezielt Umstrukturierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements im Bereich der Finanzderivate zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken vorgesehen.

Haushaltsjahr		Zinsausgaben	
		in Mio. €	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2006	910,7	+4,1
Haushaltsentwurf	2007	1.011,7	+ 11,1
Haushaltsentwurf	2008	1.037,6	+ 2,6
Planung	2009	1.115,5	+ 7,5
Planung	2010	1.211,9	+ 8,6

Die wesentlichen Einflussfaktoren wirken sich auf Basis der bestehenden Verschuldung und der Zinsbindungsstruktur jeweils für sich genommen in etwa wie folgt aus:

- **Zinsanstieg:** Der seit Jahresbeginn vollzogene und noch zu erwartende moderate Zinsanstieg entsprechend der derzeitigen Zinsprognose führt zu Mehrausgaben von ca. 40-50 Mio. € pro Jahr. Zu beachten ist, dass sich die Mehrausgaben –ausgehend vom aktuellen Niveau- kumulieren (40-50 Mio. € Mehrausgaben in 2007, 80-100 Mio. € Mehrausgaben in 2008 usw.).
- **Neuverschuldung:** Die aktuellen Planungen zur Neuverschuldung bedeuten –trotz der eingeleiteten Rückführung- Zinsmehrausgaben von durchschnittlich 50-70 Mio. € pro Jahr. Auch diese Ausgaben kumulieren im Zeitablauf auf Basis des aktuellen Niveaus.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ein Zinsausgabenanstieg mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,3% selbst dann zu verzeichnen wäre, wenn das Ende 2005 erreichte Niedrigzinsniveau auch über den gesamten mittelfristigen Finanzplanungszeitraum konstant bliebe.

Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Nettoausgaben) steigt im Finanzplanungszeitraum von 11,1 % in 2006 auf 14,3 % in 2010 an und liegt mit durchschnittlich 12,6 % rund einen Prozentpunkt über dem Niveau der letzten 5 Jahre. Die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v. H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA) erhöht sich von 17,8 % in 2006 bis auf 20,0 % am Ende des Finanzplanungszeitraums. Der Anstieg der Zins-Quoten drückt aus, dass sich das Wachstum der Zinsausgaben im Berichtszeitraum stärker beschleunigt als die jeweiligen Bezugsgrößen in Form der zu erwartenden Nettoausgaben bzw. Steuereinnahmen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der „Schneeballeffekt“ der Zinsausgaben im Zuge des erhöhten Niveaus der Neuverschuldung. Die Neuverschuldung eines Jahres führt jeweils zu höheren Zinsausgaben in den Folgejahren.

Haushaltsjahr		Zins-Ausgaben-Quote - in v.H. -	Zins-Steuer-Quote - in v.H. -
Haushalt	2006	11,1	17,8
Haushaltsentwurf	2007	12,1	18,4
Haushaltsentwurf	2008	12,3	18,3
Planung	2009	13,2	19,2
Planung	2010	14,3	20,0

3.2 Entwicklung des Primärsaldos

Die Höhe bzw. Veränderung des Primärsaldos liefert Anhaltspunkte über die Entwicklung des Haushalts nach Bereinigung um die Kreditaufnahme, die Rücklagenbewegungen, die Schuldentilgung und die Zinsausgaben. Die Betrachtung stellt damit auf die Entwicklung eines Kernhaushaltes ab, der sich ergäbe, wenn die Folgekosten der Altschulden entfallen und auch künftig keine Neuschulden aufgenommen würden. Ein positiver Primärsaldo bedeutet, dass die Nettoausgaben (Ausgaben ohne Kredite) ausreichen, um alle übrigen Ausgaben abzudecken und darüber hinaus ein Haushaltsüberschuss anfallen würde. Ein negativer Primärsaldo gibt hingegen an, dass auch nach Wegfall der Folgekosten aus der Kreditaufnahme die regulären Einnahmen nicht zur Deckung der regulären Ausgaben ausreichen würden.

Der hohe negative Primärsaldo im laufenden Jahr ist Ausdruck dafür, dass selbst bei Wegfall aller Zinsverpflichtungen aus der Vergangenheit noch ein hohes Defizit im regulären Haushalt bestehen bleiben würde.

	HH 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	MFP 2009	MFP 2010
	- in Mio. € -				
Nettoeinnahmen	6.656,0	6.981,3	7.180,7	7.384,2	7.623,0
Nettoausgaben	8.230,7	8.327,8	8.427,3	8.479,2	8.484,0
Finanzierungssaldo	-1.574,7	-1.346,5	-1.246,6	-1.095,0	-861,0
Zinsausgaben	910,7	1.011,7	1.037,6	1.115,5	1.211,9
bereinigte Nettoausgaben (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	7.320,0	7.316,1	7.389,7	7.363,7	7.272,1
Primärsaldo (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	-664,0	-334,8	-209,0	20,5	350,9
nachrichtlich: Nettokreditaufnahme	1.562,3	1.316,6	1.220,6	1.075,0	850,0

Der Rückgang des Primärdefizits in den kommenden Jahren und der zunächst leichte (2009), dann aber sehr deutliche und nachhaltige Primärüberschuss (2010) sind Ausdruck der weitreichenden Auswirkungen des von der Landesregierung eingeschlagenen Konsolidierungskurses. Die weiter ansteigenden Zinsausgaben verdeutlichen allerdings, dass auch in den Folgejahren noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht.

3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

Aufgrund des starken Anstiegs der Kreditmarktschulden in den letzten Jahren nehmen auch die jährlichen Tilgungsvolumina grundsätzlich zu. Insbesondere in 2007 ist aufgrund des hohen Fälligkeitsvolumens im Wertpapierbereich ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen. Da jedoch die Phase niedriger Zinsen in den letzten Jahren von Seiten des Kredit- und Zinsmanagements frühzeitig zu einer schrittweisen Verlängerung der Kreditlaufzeiten genutzt worden ist, verringert sich das Tilgungsvolumen in den nachfolgenden Jahren.

Im Einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt) - in Mio. € -
Haushalts	2006	2.502,7
Haushaltsentwurf	2007	3.236,2
Haushaltsentwurf	2008	2.574,6
Planung	2009	2.194,5
Planung	2010	2.252,8

4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2006	2.962,9	
Haushaltsentwurf	2007	3.005,4	+ 1,4
Haushaltsentwurf	2008	3.082,1	+ 2,6
Planung	2009	3.150,0	+ 2,2
Planung	2010	3.202,6	+ 1,7

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.).

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	2006	1.784,0	
Haushaltsentwurf	2007	1.783,9	-
Haushaltsentwurf	2008	1.858,5	+ 4,2
Planung	2009	1.907,6	+ 2,6
Planung	2010	1.965,7	+ 3,0

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Ab 2001 werden die Zuschüsse an die Haushalte der Hochschulen gem. § 21 Hochschulgesetz auf jeweils einen Zuschusstitel der Hauptgruppe 6 (nichtinvestive Zuwendungen) und der Hauptgruppe 8 (investive Zuwendungen) veranschlagt.

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2006	1.178,9	
Haushaltsentwurf	2007	1.221,6	+ 3,6
Haushaltsentwurf	2008	1.223,6	+ 0,2
Planung	2009	1.242,3	+ 1,5
Planung	2010	1.236,9	- 0,4

5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 3,7 Mrd. € aus. Im Einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt 2006	Haushalts- entwurf 2007	Haushalts- entwurf 2008 - Mio. €-	Planung 2009	Planung 2010
1) Hochbaumaßnahmen	105,5	100,1	97,6	170,7	132,1
2) Tiefbaumaßnahmen	16,3	14,6	13,9	14,0	12,6
3) Ausrüstungsinvestitionen	46,8	79,1	68,0	42,3	35,0
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	63,3	93,7	81,96	56,3	47,7
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	374,8	339,7	330,1	335,0	370,5
- der Wirtschaft	202,3	247,8	201,9	216,6	172,6
- sonstige Investitionsförder- ung	18,4	18,2	18,0	18,9	18,2
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	737,4	799,5	729,6	797,5	741,0

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Innovationsstiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau. Im Rahmen des Liegenschaftsmodells hat die LVSH bis Ende 2007 rd. 50 Mio. € für den Abbau eines Instandhaltungsstaus in den übertragenen Liegenschaften investiert. Darüber hinaus stellt die LVSH jährlich durchschnittlich rd. 7 Mio. € für die bauliche Instandsetzung und Schönheitsreparaturen im Bestand zur Verfügung und führt des Weiteren Modernisierungen sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen durch, die im Rahmen der Regelwerke zum großen Teil über Miete finanziert werden. Auch hierdurch werden die unmittelbaren investiven Ausgaben des Landes indirekt verstärkt.

Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben) wird von 9,3 % in 2005 auf 8,3 % in 2009 zurückgehen. Rückwirkend betrachtet ist dies auch auf die 2004 grundsätzlich abgeschlossene Übertragung der Grundstücke des Landes auf die LVSH und der damit verbundenen Finanzierung von Verwaltungsneubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen, wird aber außerhalb des Haushalts teilweise wieder kompensiert.

VII. Kommunaler Bereich

1. Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der veranschlagten Steuereinnahmen (vgl. V. 1). Die nachfolgenden Darstellungen berücksichtigen die Kürzung der Finanzausgleichsmasse um 120 Mio. Euro jährlich ab 2007 sowie die Entnahmen aus dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds zur Stützung der Finanzausgleichsmasse.

Im Einzelnen werden im Jahr 2007 folgende Zu- und Abführungen bei der Finanzausgleichsmasse berücksichtigt:

• Aufgabenverlagerungen (Musikschulen, Büchereiwesen, pauschalierte Mietkosten für Frauenhäuser)	+ 5,9 Mio. €
• Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen	+ 60,0 Mio. €
• Nachzahlung Revision Jugendhilfe	+ 5,9 Mio. €
• Förderung kommunaler Verwaltungsstrukturen (davon 4,4 Mio. € aus dem Kommunalen Investitionsfonds)	+ 5,0 Mio. €
• Zuführung aus dem Kommunalen Investitionsfonds	+ 20,0 Mio. €
• Kürzung der Finanzausgleichsmasse	<u>- 120,0 Mio. €</u>
Summe	- 23,2 Mio. €

Außerdem enthält die Finanzausgleichsmasse 2007 die restliche Abrechnung für das Jahr 2005 in Höhe von 47,3 Mio. € zugunsten des Landes. Darüber hinaus wird mit dem Ziel der Stabilisierung der Finanzausgleichsmasse 2007 die Abrechnung für das Jahr 2006 pauschal in Höhe von 15,5 Mio. € zugunsten der Kommunen auf das Jahr 2007 vorgezogen; die endgültige Abrechnung erfolgt mit der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2009.

Neben zahlreichen Entlastungsmaßnahmen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs sind zur Abfederung der Kürzung der Finanzausgleichsmasse um 120 Mio. € jährlich im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Verlagerung des bisherigen Vorwegabzuges für die Zuweisungen zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Höhe von 5 Mio. € jährlich in die Kreisschlüsselzuweisungen.

- Streichung der bisherigen Dynamisierungsregelungen bei den Zuweisungen für Theater und Orchester, der Förderung von Frauenhäusern und den Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens. Die dadurch frei werdenden Mittel werden den Schlüsselzuweisungen zugeführt.
- Streichung der bisherigen Förderung freiwilliger Gebietszusammenschlüsse als Vorwegabzug, künftige Finanzierung der Förderung aus anderen Mitteln des Landeshaushalts. Die Schlüsselzuweisungen werden damit ab 2007 gestärkt.

Ferner werden die Zuweisungen zu den Lasten der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe von 11 Mio. € jährlich und die Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten in die Kreis-schlüsselzuweisungen überführt.

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2006 bis 2010 folgende Beträge zur Verfügung:

	- Mio. € -	Veränd. - Mio. € -	Veränd. - v. H. -
2006	926,1	- 159,6	- 14,7
2007	908,1	- 18,0	- 1,9
2008	964,4	+ 56,3	+ 6,2
2009	988,3	+ 23,9	+ 2,5
2010	1.019,7	+ 31,4	+ 3,2

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (6,40 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

2006 (einschl. Abrechnung 2002 und 2003)	63,2 Mio. €
2007 (einschl. Abrechnung 2004)	74,5 Mio. €
2008	71,4 Mio. €
2009	72,8 Mio. €
2010	74,3 Mio. €

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum sind in der **Anlage 6** dargestellt.

2. Steuereinnahmen der Kommunen

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2006 können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen (ohne kommunale Bagatellsteuern):

	2006	2007	2008	2009	2010
	Mio. €				
Grundsteuer A	19	19	19	19	19
Grundsteuer B	305	311	313	321	327
Gewerbsteuer	962	951	971	1.038	1.117
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	657	678	712	743	777
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	29	29	30	30	31
Gemeindeanteil an der USt	74	83	85	87	89
Gewerbsteuerumlage (100 %)	- 110	- 107	- 110	- 117	- 126
Erhöhte Gewerbsteuerumlage	- 102	- 100	- 100	- 107	- 115
Summe	1.835	1.864	1.923	2.014	2.119
Zuwachs					
- in Mio. €		+ 29	+ 59	+ 89	+ 105
- in v.H.		+ 1,6	+ 3,2	+ 4,7	+ 5,2

VIII. Sonstige Schwerpunkte

1. Verkehrsbereich

1.1 Landesstraßen- und -radwegebau

Seit dem 01.01.2005 hat der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in Schleswig-Holstein (LBV-SH) seinen Betrieb aufgenommen. Für den Aufwand an Personal und Sachkosten sowie für Investitionen sind für den Planungszeitraum 453,4 Mio. € im Einzelplan 06 vorgesehen.

1.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 216,7 Mio. € vorgesehen.

1.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 01.01.1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Die Höhe der Bundeszuweisungen für den Finanzplanungszeitraum steht noch nicht fest. Der Bund hat im Haushaltsbegleitgesetz 2006 erhebliche Kürzungen für alle Länder vorgesehen.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von rd. 77 T€. Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im Übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind. Daneben werden aus diesen Einnahmen auch Zuschüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Verbindung mit Schnittstellen des SPNV gewährt, insbesondere für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,
- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

1.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Mittel für diesen Bereich werden im Rahmen der Regionalisierung zur Verfügung gestellt.

1.5 Landeseigene Häfen

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen werden ab 2006 Mittel im Kapitel 0605 und im Schleswig-Holstein Fonds bereitgestellt.

2. Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum

2.1 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 1320)

Für Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind in 2007 Ausgaben in Höhe von 78,6 Mio. € ausgewiesen.

Für den Teil der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur beträgt das Programmvolume für dieses Jahr 41,1 Mio. €, für den Teil Küstenschutz werden 27,6 Mio. € veranschlagt, für wasserwirtschaftliche 5,5 Mio. € und forstliche Maßnahmen 4,4 Mio. €.

Für den Planungszeitraum sind rd. 406,2 Mio. € vorgesehen.

2.2 Landwirtschaft, Umwelt, Fischerei, Natur- und Verbraucherschutz (Epl. 13)

Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 75,0 Mio. € erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.

Die Zuwendungen des Landes an das Sondervermögen Landeswald betragen im Planungszeitraum 35,2 Mio. €. Einschließlich der vom Sondervermögen Landeswald erzielten Einnahmen ergibt sich für den Planungszeitraum ein Volumen von 70,0 Mio. €.

Im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur sind für forstliche Maßnahmen im Privatwald noch einmal 4,4 Mio. € jährlich veranschlagt. Für den Planungszeitraum kann also mit Mitteln in Höhe von 22 Mio. € gerechnet werden.

Seit der Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe im Jahr 2004, werden jährlich Einnahmen in Höhe von 24,4 Mio. € veranschlagt. Für den Finanzplanungszeitraum werden daher Einnahmen in Höhe von 122,0 Mio. € aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die zu 50% (61,0 Mio. €) für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.

Aus der Abgabe, die für Entnahme von Oberflächenwasser aus Binnengewässern erhoben wird, kann für den Finanzplanungszeitraum bis einschl. 2010 ein Aufkommen von 180,0 Mio. € veranschlagt werden. Diese Einnahme fließt zu 50 % in Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung.

Insgesamt stellt die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie einen abgabenfinanzierten Ausgabenschwerpunkt im Bereich der Wasserwirtschaft dar.

Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 112,6 Mio. € bereitgestellt werden. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus den drei Wasserabgaben.

Rd. 40,2 Mio. € sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen angesetzt.

Aufgrund eines Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 27,6 Mio. €.

Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors stehen im Jahr 2007 einschließlich der Kofinanzierungsmittel 3,4 Mio. € zur Verfügung. Der Anteil der Landesmittel beträgt 0,3 Mio. €.

Landwirtschaftskammer

Die Finanzierung der Aufgaben der Landwirtschaftskammer ist ab 2003 vollständig von der institutionellen auf eine projektbezogene Förderung umgestellt worden. Einzelheiten hierzu sind einer Zielvereinbarung zwischen der Kammer und dem Ministerium zu entnehmen, die zum 01.01.2006 erneuert wurde. Die Zuwendungen des Landes beziehen sich sowohl auf den Selbstverwaltungs- und den Weisungsbereich der Kammer als auch auf die Beteiligung des Landes an den Pensionskosten und einen sozialverträglichen Personalabbau. Insgesamt sind für den Zeitraum 2006 bis 2010 Mittel in Höhe von 30,2 Mio. € vorgesehen.

Für das Landeslabor sind im Planungszeitraum 47,6 Mio. € an Landeszuschüssen vorgesehen.

3. Soziale Wohnraumförderung

Die Wahrung eines Mindestbestandes an belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen sowie die notwendige qualitative Bestandserhaltung von vielen tausend Mietwohnungen – vornehmlich in den Wohngebäuden der 50er bis 70er Jahre wird auch künftig besondere Anstrengungen bei der **sozialen Wohnraumförderung** erfordern. Durch die Förderung bewahrt das Land seine unverzichtbare soziale Steuerungs- und Ordnungsfunktion in einem existentiellen Politikfeld.

Damit Versorgungsprobleme beim Wohnen ausgeschlossen und sozial stabile Wohnquartiere erhalten bleiben, muss die **soziale Wohnraumförderung** auch über das Haushaltsjahr 2006 hinaus auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Zielgruppen der **sozialen Wohnraumförderung** sind Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Die Förderung von Mietwohnraum unterstützt dabei insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen sowie Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und behinderte Menschen.

Bei der Förderung der Bildung selbst genutzten Wohneigentums stehen insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern sowie behinderte Menschen im Mittelpunkt, die in Folge ihres Einkommens die Belastungen des Baues oder Erwerbs von Wohnraum ohne die **soziale Wohnraumförderung** nicht tragen können.

Das Wohnraumförderprogramm 2005/2006 mit einem Gesamtfördervolumen von rd. 160 Mio. Euro (einschl. Bundesfinanzhilfen) läuft Ende des Jahres 2006 aus. Angesichts der o.g. Zielsetzungen und des nachweislichen Bedarfs weiterer Förderung, der sich auch aus der vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2020 ergibt, soll es durch ein neues Zwei-Jahresprogramm fortgesetzt werden. Die Fördermittel stammen aus finanziellen Rückflüssen von Zuwendungsdarlehen früherer Förderjahrgänge und zusätzlichen Bundesfinanzhilfen. Zuwendungsmittel aus dem Landeshaushalt werden in den Planjahren für Zwecke der sozialen Wohnraumförderung nicht benötigt.

4. Städtebauförderung

Die Städtebauförderung wird als Gemeinschaftsfinanzierung von Bund, Land und Kommunen auf der Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (ab 2007 Art. 104 b GG) fortgesetzt.

Die den Ländern im Rahmen der jährlich abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung auf der Grundlage von aktualisierten Verteilungsschlüsseln zur Verfügung gestellten Bundesfinanzhilfen (Verpflichtungsrahmen) sind vom Land und von den Kommunen in gleicher Höhe zu komplementieren.

Die haushaltsmäßige Abwicklung eines Programmjahres erfolgt jeweils über 5 Jahre.

Für die Städtebauförderung sind im Planungszeitraum (2006 bis 2010) Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt rd. 98,9 Mio. € vorgesehen.

– Programm Sanierung und Entwicklung

Dieses Programm wird in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten (§§ 136 ff BauGB) oder Entwicklungsbereichen (§§ 165 ff BauGB) eingesetzt. Schwerpunktmäßig werden Sanierungsmaßnahmen in Stadtkernen gefördert, die erhebliche Substanz- und Funktionsschwächen aufweisen.

Ziel der Förderung ist es, die Attraktivität der Zentren als Mittelpunkte des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Städte und ihrer Regionen durch investive städtebauliche Maßnahmen zu stärken und zu entwickeln, die die Standortbedingungen für Einzelhandel und Dienstleistung, die Versorgung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie die innerstädtische Wohn- und Wohnumfeldqualität nachhaltig verbessern.

Der Bund stellt den Westländern für das Programmjahr 2006 Finanzhilfen in Höhe von rd. 87,1 Mio. € zur Verfügung. Auf Schleswig-Holstein entfallen rd. 3,7 Mio. €.

– **Programm Soziale Stadt**

Die Fördermittel des Programms werden in Stadtteilen eingesetzt, die aufgrund vorhandener sozialer Missstände benachteiligt sind und einen besonderen Entwicklungsbedarf aufweisen (§ 171 e BauGB). Programmtypisch ist die Verknüpfung baulicher und städtebaulicher Investitionen mit sozialintegrativen und partizipatorischen Maßnahmen und Projekten, die auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts mit Hilfe eines professionellen Quartiersmanagements vorbereitet und umgesetzt werden.

Der Bund stellt den Ländern für das Programmjahr 2006 Finanzhilfen in Höhe von 110,4 Mio. € zur Verfügung. Darin enthalten ist ein Aufstockungsbetrag von 40 Mio. €. Auf Schleswig-Holstein entfallen insgesamt rd. 3,6 Mio. €. Eine Verstetigung der Aufstockung ist vorgesehen.

– **Programm Stadtumbau West**

In diesem 2004 neu aufgelegten Programm werden Stadtumbaugebiete (§§ 171 a –d BauGB) gefördert, die erhebliche städtebauliche Funktionsverluste aufweisen, welche aufgrund rückläufiger Bevölkerungsentwicklung oder wirtschaftsstruktureller Veränderungsprozesse entstanden sind.

Ziel der Förderung ist die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen, die Qualitätsanpassung der Städte an die sich verändernden Wachstums- und Nachfragebedingungen auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte und Wohnraumversorgungskonzepte.

Der Bund stellt den Ländern für das Programmjahr 2006 Finanzhilfen in Höhe von 56 Mio. € zur Verfügung. Darin enthalten ist ein Aufstockungsbetrag von 16 Mio. €. Auf Schleswig-Holstein entfallen insgesamt rd. 3,4 Mio. €. Eine Verstetigung der Aufstockung ist vorgesehen.

5. Gesundheitswesen

5.1 Krankenhausfinanzierung

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 2006 bis 2010 folgende Ausgaben eingeplant:

Haushaltssoll	2006	59,6 Mio. €
Haushaltsskizze	2007	63,2 Mio. €
Haushaltsskizze	2008	68,4 Mio. €
Planung	2009	74,5 Mio. €
Planung	2010	80,2 Mio. €

Zusammen sind dies rd. 345,9 Mio. €, die vom Land in Höhe von 192,5 Mio. € und von den Kommunen in Höhe von 153,4 Mio. € aufgebracht werden. Der vom Land zu zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 8,05 Mio. € pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 345,9 Mio. € entfallen 218,3 Mio. € auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 127,6 Mio. € vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierung der Baumaßnahmen ab 2002 insgesamt von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen – ohne Einschränkung des Bauvolumens – umgestellt worden ist.

5.2 Fachkliniken des Landes

Nach der Privatisierung der Fachkliniken werden ab 2005 nur noch die Investitionsmaßnahmen im Bereich der Forensik vom Land finanziert. Hierfür werden im Finanzplanungszeitraum 2006 - 2010 im Kapitel 1002 (MG 08 – Vollzug von Maßnahmen der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen) 9,7 Mio. € bereitgestellt.

Darüber hinaus werden zur Abwicklung der bis einschließlich 2004 für Baumaßnahmen in den Pflegebereichen der Fachkliniken bereitgestellten Kredite im Kapitel 1004 (MG 01 – Maßnahmen zur Pflegeinfrastruktur) 6,6 Mio. €, insgesamt somit 16,3 Mio. € bereitgestellt (die Finanzierung der Baumaßnahmen ist ab 2002 von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden). Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1002 (MG 03) erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

Für die Durchführung des Maßregelvollzuges in den Fachkliniken Neustadt und Schleswig werden im Finanzplanungszeitraum 2006 - 2010 insgesamt 123,3 Mio. € bereitgestellt.

5.3 Übriges Gesundheitswesen

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 4,6 Mio. € in den Jahren 2006 bis 2010 für die dezentrale psychiatrische Versorgung,
- insgesamt 14,0 Mio. € in den Jahren 2006 bis 2010 für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 4,9 Mio. € in den Jahren 2006 bis 2010 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS),

- insgesamt 7,4 Mio. € in den Jahren 2006 bis 2010 für die Unterhaltung des Krebsregisters.

6. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich

6.1 Sozialhilfe

Das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – AG-SGB XII - tritt am 01.01.2007 in Kraft. Das Gesetz regelt beispielsweise die Übertragung der Eingliederungshilfe innerhalb von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen auf die Kreise und kreisfreien Städte und trifft Regelungen für einen finanziellen Ausgleich.

Die Kreise und kreisfreien Städte erfüllen danach auch die Aufgaben, für die das Land bislang als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zuständig war, als pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit. Dabei handelt es sich um die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Hilfe bei Krankheit, Hilfe zur Pflege und sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen innerhalb von Einrichtungen für Leistungsberechtigte unter 60 Jahre.

Das Land stellt hierfür in den Jahren 2007 und 2008 den Kreisen und kreisfreien Städten als finanziellen Ausgleich (Ausgleichsbetrag) 448,1 Mio. € bzw. 464,2 Mio. € zur Verfügung.

Die Kreise und kreisfreien Städte bleiben Aufgabenträger für die vorstehend beschriebenen Leistungen innerhalb von Einrichtungen für Leistungsberechtigte über 60 Jahre. Das Land stellt für diesen Zweck Mittel (Erstattungsbetrag) in Höhe bis zu 113,6 Mio. € 2007 bzw. 117,7 Mio. € 2008 bereit.

In den Jahren 2007 und 2008 stehen demnach für Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe bei Krankheit, Hilfe zur Pflege und sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen innerhalb von Einrichtungen Mittel in Höhe von insgesamt 561,7 Mio. € bzw. 581,9 Mio. € zur Verfügung. Das AG-SGB XII sieht vor, dass der Ausgleichs- und der Erstattungsbetrag unter bestimmten Voraussetzungen dem unabweisbaren Bedarf angepasst werden.

6.2 Grundsicherung

Das Land ist als überörtlicher Träger der Sozialhilfe außerdem für die Grundsicherung für behinderte Menschen und pflegebedürftige Leistungsberechtigte zwischen 18 und 60 Jah-

ren, die innerhalb von Einrichtungen leben, zuständig. Hierfür sind Mittel in Höhe von 31,1 Mio. € in den Jahren 2007 und 2008 veranschlagt. Für Leistungsberechtigte über 60 Jahre innerhalb und außerhalb von Einrichtungen bleiben die Kreise und kreisfreien Städte zuständig; der Bund hat angekündigt, sich an diesen Aufwendungen voraussichtlich nur noch mit jährlich 2,9 Mio. € (vorher 18,5 Mio. €) zu beteiligen.

6.3 Kinder-, Jugend- und Familienbereich

- Zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes - einschl. der internationalen Jugendarbeit, der Jugendarbeit im Ostseeraum und der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Jugendferienwerks Schleswig-Holstein - sind im Finanzplanungszeitraum rd. 17,3 Mio. € vorgesehen.
- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 8,0 Mio. € Zuschüsse (einschl. Bundesmittel) veranschlagt. Darüber hinaus sind im Schleswig-Holstein Fonds 2 Mio. € zur Förderung des Jugendtourismus veranschlagt.
- Die Finanzierungsbeteiligung in der Jugendhilfe wurde zum 01. Januar 2001 mit einem Betrag von rd. 41,6 Mio. € als Zuweisung zu den Jugendhilfekosten in den kommunalen Finanzausgleich (§ 25d FAG) umgesetzt. Der Betrag erhöhte oder verminderte sich ab 2002 gegenüber dem Vorjahresbetrag in demselben Verhältnis, wie sich die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Vorjahr veränderte. Mit Wirkung zum 01. Januar 2007 werden die Mittel für die Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten nach § 25d FAG in die Schlüsselzuweisungen für die Kreise und kreisfreien Städte überführt. Damit entfällt der bisherige Vorwegabzug für diesen Bereich.
- Für präventive Maßnahmen nach § 58 JuFöG in der ab 01. Januar 2001 geltenden Fassung verblieben im Einzelplan 10 rd. 1,5 Mio. €. Dieser Betrag wird seit 2002 unverändert fortgeschrieben und insbesondere für den Schwerpunkt der Vernetzung von Angeboten und Kooperationen von Jugendhilfe und Schule, für frühe Hilfen für Familien sowie besondere Maßnahmen zur Betreuung von jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern oder -täterinnen bereitgestellt. Diese Mittel können zur Kofinanzierung von EU- oder Bundesprogrammen verwendet werden.
- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Beratung von Problemfamilien, Familienbildungs-

stätten, Familienferienerholung, Baumaßnahmen in Familienferienstätten und Familienbildungsstätten) werden im Finanzplanungszeitraum rd. 16,9 Mio. € bereitgestellt.

6.4 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (2006 bis 2010: 10,4 Mio. €) veranschlagt. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.
- Für die Verbraucherinsolvenzberatung, die von den als „geeignete Stelle“ i.S. von § 305 Insolvenzordnung anerkannten Beratungsstellen geleistet wird, sind im Finanzplanungszeitraum für die Mitfinanzierung der Personal- und Sachkosten insgesamt 21,0 Mio. € vorgesehen. Ziel der Förderung ist der Erhalt und die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an Verbraucherinsolvenzberatungsstellen i.S. von § 305 Insolvenzordnung, die fachlich und zeitlich in der Lage sind, die gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen und die von den von Ver- und Überschuldung Betroffenen in zeitlich zumutbarem Aufwand aufgesucht werden können. Daneben wird durch das Leitprojekt des Kinder- und Jugendaktionsplans „Eins x Eins – Augen auf im Geldverkehr“ der zunehmenden Verschuldung insbesondere von jungen Menschen entgegengewirkt.
- Durch Abschluss des Vertrages über die Wahrnehmung von sozialen Aufgaben - Sozialvertrag Schleswig-Holstein – vom 08.12.2005 zwischen dem MSGF und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege steht den Wohlfahrtsverbänden im Zeitraum von 2006 bis 2009 ein Betrag von insgesamt 14,4 Mio. € zur Verfügung. Diese Summe sichert durch ein entbürokratisiertes Verfahren die Leistungen der Wohlfahrtsverbände für benachteiligte Menschen und auf dem Gebiet der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe für den Vertragszeitraum ab.
Mit Abschluss des Vertrages haben die Vertragsparteien vereinbart, über eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses über das Jahr 2009 hinaus zu verhandeln. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung werden für das Jahr 2010 3,6 Mio. € für eine mögliche Vertragsverlängerung veranschlagt.
- Für einen Fonds „Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen“ stellt das Land Schleswig-Holstein in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010 einen Sockelbetrag von jährlich 0,4 Mio. € für Maßnahmen und Projekte im öffentlichen Raum zur Herstellung der Barriere-

refreiheit zur Verfügung. Das MSGF entscheidet über die Vergabe dieser Mittel nach Beteiligung des Blinden- und Sehbehindertenvereins Schleswig-Holstein e. V.

Ziel der Förderung ist es, die Benachteiligung blinder und sehbehinderter Menschen zu beseitigen, für diesen Personenkreis gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit zu schaffen und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen.

- Politik für Menschen mit Behinderung ist ungeachtet der Verlagerung von Aufgaben der Eingliederungshilfe auf die kommunale Ebene ab 2007 auch künftig eine sozialpolitische Schwerpunktaufgabe des Landes. Die fachliche Weiterentwicklung der Leistungen für Menschen mit Behinderung gehört deshalb zu den Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses nach § 3 AG-SGB XII.

Die Landesregierung wird in der Behindertenpolitik eigene Akzente setzen. Dazu sind eigene Leit- und Modellprojekte des Landes in den Themenbereichen Frühförderung, Wohnen sowie Arbeit für Menschen mit Behinderung geplant, die die Vorstellungen der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Behindertenpolitik verdeutlichen und unmittelbar realisieren. Im Finanzplanungszeitraum sind hierfür 4 Mio. € vorgesehen.

6.5 Landespflegegesetz

Für die Durchführung des Landespflegegesetzes, das insbesondere die Förderung der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen vorsieht und zur finanziellen Entlastung Pflegebedürftiger beiträgt, ist – ohne die Pflegebereiche der öffentlich-rechtlichen Fachkliniken (vgl. Ziffer 6.2) – ein Landesanteil von rd. 97,2 Mio. € in den Jahren 2006 bis 2010 veranschlagt.

7. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel in Höhe von 9,1 Mio. € veranschlagt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um die Chancen von Frauen, insbesondere Berufsrückkehrerinnen, auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen und gleichzeitig eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit zu erzielen, werden die Beratungsstellen "Frau & Beruf" sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt.

- Bekämpfung häuslicher Gewalt

Die Frauenhäuser und Frauenfachberatungsstellen bilden die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und wirken bei der Gewaltprävention mit. Neben diesen unverzichtbaren Unterstützungsleistungen liegt ein Schwerpunkt weiterhin auf der landesweiten Koordination der Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. In allen Kreisen und kreisfreien Städten arbeiten Polizei, Justiz, Frauen- u. Männerberatung, Ärzteschaft, Jugendämter und Soziale Dienste zusammen, um ihr Vorgehen bei häuslicher Gewalt aufeinander abzustimmen.

Diese Maßnahmen werden in einem Aktionsplan dokumentiert und bewertet. Damit soll sichtbar gemacht werden, was in Schleswig-Holstein bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt bereits erreicht wurde und in welcher Hinsicht eine Weiterentwicklung angezeigt ist.

- Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips und Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenbeauftragten

Das von der Landesregierung beschlossene Rahmenkonzept Gender Mainstreaming (GM) ist in allen Bereichen der Landesverwaltung umzusetzen. Der 2002 begonnene dezentrale Umsetzungsprozess wird fortgeführt und bildet einen wesentlichen Teil kontinuierlicher Verwaltungsmodernisierung.

Die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätigen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten werden von der Koordinierungsstelle für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte beim Aufbau und beim Erhalt der für ihre Arbeit notwendigen Organisations- und Vernetzungsstrukturen unterstützt.

8. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 2006 bis 2010 mit insgesamt 161,6 Mio. € veranschlagt.

9. Staatlicher Hochbau (ohne Kapitel 1212 – Ausbau und Neubau von Hochschulen)

Mit Wirkung vom 01.07.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH nimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung wahr. Die Kostenerstattung an die GMSH für Organleihe - Bau – wird aus dem Einzelplan 12 finanziert.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die LVSH werden große Baumaßnahmen grundsätzlich nicht mehr über den Einzelplan 12 abgewickelt, sondern über Mieten finanziert. In begründeten Ausnahmefällen kann auch eine Finanzierung über Investitionsbuzuschüsse an die LVSH erfolgen. Wesentliche Ausnahmen von den vorgenannten Regelungen sind insbesondere die aus der „Blauen Liste“ landesfinanzierten Hochschulbauten, Spezialimmobilien und Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sowie im Landeshaus.

Das Land ist künftig bei den übertragenen Liegenschaften nur noch anteilig für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten zuständig, die aus dem Wirtschaftsplan der LVSH finanziert werden. Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind mit der LVSH und der GMSH abzustimmen und über Mieten zu finanzieren. Nutzerspezifische Maßnahmen werden wie bisher im jeweiligen Ressortkapitel des Einzelplans 12 (Titel 711) pauschal veranschlagt. Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 2006 vorgesehen (HG 7 + 8):

	2006 Haushalt	2007 Entwurf	2008 Entwurf	2009 MFP	2010 MFP
	- in Mio. € -				
Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsarbeiten	11,2	11,5	9,5	9,3	9,3
Landesbau (Große Baumaßnahmen einschl. Komplementärfinanzierung Brandschutz)	16,2	21,4	22,1	94,0	53,0
landesfinanzierter Hochschulbau (Große Baumaßnahmen)	3,5	1,5	0,6	0,0	0,0
Ersteinrichtung	0,3	0,1	0,2	0,0	0,0
Baunebenkosten	9,0	11,0	10,0	9,5	9,5

Für die im Verwaltungs- und landesfinanzierten Hochschulbau veranschlagten Maßnahmen stehen in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt rd. 212,2 Mio. € zur Verfügung. Davon entfallen rd. 56,0 Mio. € auf Um- und Erweiterungsmaßnahmen im Bereich Justizvollzug. Weitere 5,2 Mio. € sind für die lt. Kabinettsbeschluss zu errichtenden polizeilichen Regional-Leitstellen vorgesehen. Mittelfristig sind weitere rd. 151 Mio. € für die Sanierung und Erweiterung von Liegenschaften im Bereich Verwaltungs- und landesfinanzierter Hochschulbau vorgesehen.

Mit dem **Investitionsprogramm Justizvollzug** werden auf der Basis eines mittelfristigen Bauvolumens von rd. 69,4 Mio. € die Überbelegung der Anstalten abgebaut, der dringendste Grundinstandsetzungs- und Sanierungsbedarf gedeckt sowie weitere Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene geschaffen. Die Veranschlagung erfolgt im Kapitel 1209 in einzelnen Titelgruppen. In der Fortsetzung des laufenden Investitionsprogramms soll ein weiterer zügiger Abbau der Überbelegung und der Modernisierung des Justizvollzuges unter besonderer Berücksichtigung der baulichen Sicherheit innerhalb eines fest vereinbarten Korridors für Justizvollzugsbauten von jährlich bis zu 12 Mio. € fortgesetzt werden.

Gesamteinnahmen

	Haushalt 2006 T€	Haushalt 2007 Entwurf T€	Haushalt 2008 Entwurf T€	MFP	
				2009 T€	2010 T€
Steuern	5.104.000,0	5.489.400,0	5.655.700,0	5.823.500	6.050.100
Steuerähnliche Abgaben	103.393,0	104.652,7	104.652,7	104.652	104.306
Länderfinanzausgleich	95.500,0	91.200,0	96.300,0	104.900	115.500
Bundesergänzungszuweisungen	116.200,0	99.300,0	102.100,0	106.900	112.900
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	439.508,7	502.722,2	505.719,6	522.878	524.479
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	574.248,3	568.392,2	561.911,1	567.150	552.009
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kreditmarktmittel)	225.985,5	211.735,4	190.304,5	190.165	199.661
Globale Mehr-/Mindereinnahmen	-25.000,0	-100.000,0	-50.000,0	-50.000	-50.000
Haushaltstechnische Verrechnungen	22.189,7	13.903,2	14.014,5	14.026	14.036
Nettoeinnahmen	6.656.025,2	6.981.305,7	7.180.702,4	7.384.171	7.622.991
Kreditmarktmittel	4.065.010,6	4.552.804,8	3.795.195,8	3.269.476	3.102.770
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	12.350,0	29.900,0	26.000,0	20.000	11.000
Gesamteinnahmen	10.733.385,8	11.564.010,5	11.001.898,2	10.673.647	10.736.761

Gesamtausgaben

	Haushalt 2006 T€	Haushalt 2007 Entwurf T€	Haushalt 2008 Entwurf T€	MFP	
				2009 T€	2010 T€
Personalausgaben	3.134.659,1	3.041.604,3	3.105.727,2	3.257.972	3.368.755
Sächliche Verwaltungsausgaben	441.430,8	454.481,0	457.862,4	485.581	486.327
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	911.198,3	1.012.889,0	1.038.080,1	1.115.965	1.212.475
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.962.891,5	3.005.428,6	3.082.096,7	3.149.959	3.202.619
Baumaßnahmen	121.796,3	114.728,9	111.498,8	184.634	144.749
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	615.555,0	684.750,9	618.061,5	612.846	596.286
Globale Mehrausgaben	27.900,0	6.900,0	6.900,0	6.900	6.900
Globale Minderausgaben *	-6.900,0	-6.900,0	-6.900,0	-348.712	-548.156
Haushaltstechnische Verrechnungen	22.189,7	13.903,2	14.014,5	14.026	14.036
Nettoausgaben	8.230.720,7	8.327.785,9	8.427.341,2	8.479.171	8.483.991
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	2.502.665,1	3.236.224,6	2.574.557,0	2.194.476	2.252.770
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0	0
Zuführung an Rücklagen	0,0	0,0	0,0	0	0
Gesamtausgaben	10.733.385,8	11.564.010,5	11.001.898,2	10.673.647	10.736.761

* allgemeine einzelplanübergreifende globale Minderausgaben:
2009: 341.812,3 T€
2010: 541.256,4 T€

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 2006 T€	Haushalt 2007 Entwurf T€	Haushalt 2008 Entwurf T€	MFP	
				2009 T€	2010 T€
Nettoausgaben	8.230.720,7	8.327.785,9	8.427.341,2	8.479.171	8.483.991
Nettoeinnahmen	6.656.025,2	6.981.305,7	7.180.702,4	7.384.171	7.622.991
Finanzierungssaldo	-1.574.695,5	-1.346.480,2	-1.246.638,8	-1.095.000	-861.000
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	2.502.665,1	3.236.224,6	2.574.557,0	2.194.476	2.252.770
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0	0
Zuführung an Rücklagen	0,0	0,0	0,0	0	0
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	4.077.360,6	4.582.704,8	3.821.195,8	3.289.476	3.113.770
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	4.065.010,6	4.552.804,8	3.795.195,8	3.269.476	3.102.770
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	12.350,0	29.900,0	26.000,0	20.000	11.000
Verbleibende Deckungslücke bzw. Überschuß	0,0	0,0	0,0	0	0
nachrichtlich:					
Nettokreditaufnahme	1.562.345,5	1.316.580,2	1.220.638,8	1.075.000	850.000
Steigerung der Nettoausgaben		1,2	1,2	0,6	0,1

Steueraufkommen 2006 - 2010

	2006	2007	2008	2009	2010
	Haushaltssoll	Mai-Schätzung			
	Mio. €				
1. Gemeinschaftssteuern					
Lohnsteuer	1.640,0	1.655,5	1.706,1	1.755,2	1.808,4
Veranlagte Einkommensteuer	186,7	266,8	310,2	348,9	392,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	66,2	86,8	89,8	93,6	97,0
Körperschaftsteuer	300,6	297,2	291,7	306,5	338,8
Umsatzsteuer	1.411,9	1.567,5	1.618,2	1.647,7	1.706,3
Einfuhrumsatzsteuer	497,4	588,0	603,4	615,0	627,7
Gewerbsteuerumlage	142,4	162,6	163,1	174,6	188,1
Zinsabschlag	104,0	107,1	108,7	111,0	113,3
Summe 1.	4.349,2	4.731,5	4.891,2	5.052,5	5.272,1
2. Landessteuern					
Vermögensteuer	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Erbschaftsteuer	157,4	162,0	169,7	177,4	185,1
Grunderwerbsteuer	198,1	195,8	198,1	200,5	202,8
Kraftfahrzeugsteuer	306,6	314,6	311,3	307,6	304,6
Totalisatorsteuer	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Lotteriesteuer	62,7	56,5	56,5	56,5	56,5
Feuerschutzsteuer	11,9	13,0	13,1	13,3	13,4
Biersteuer	15,1	15,7	15,5	15,4	15,3
Summe 2.	754,8	757,9	764,5	771,0	778,0
3. Globale Steuermindereinnahmen (nicht KFA-relevant)	-25,0	-100,0	-50,0	-50,0	-50,0
Summe 1. - 3.	5.079,0	5.389,4	5.605,7	5.773,5	6.000,1
4. LFA	95,5	91,2	96,3	104,9	115,5
5. BEZ	116,2	99,3	102,1	106,9	112,9
Insgesamt	5.290,7	5.579,9	5.804,1	5.985,3	6.228,5

Regionalisiertes Ergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 8.-11. Mai 2006

Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006 Mio. €	Entwurf 2007 Mio. €	Entwurf 2008 Mio. €	Planung	
					2009 Mio. €	2010 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	27,0	27,0	26,1	26,1	26,1
0416 - 633 01	Wohngeld	62,0	58,0	58,5	59,0	59,5
0602 - MG 03	Berufliche Aufstiegsförderung	4,7	3,7	3,7	3,7	3,7
0607 - MG 02 /TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	38,2	38,0	38,0	38,0	38,0
0607 - MG 02 /TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	12,1	12,3	12,4	12,5	12,6
0902, 0904-6, 0908, 0909 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	82,8	90,2	93,3	96,4	99,5
1003 - 533 02	Beweiserhebung	2,6	2,3	2,4	2,4	2,5
1003 - 633 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	6,0	6,1	6,2	6,3	6,3
1005- 633 10	Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit §§ 41 ff. SGB XII	41,0	34,0	34,0	34,0	34,0
1005 - TG 65	Sozialgesetzliche Leistungen	601,3	612,7	634,5	657,3	680,9
1012 - 633 01	Erstattungen an Kreise und kreis- freie Städte im Rahmen des Un- terhaltsvorschussgesetzes	37,0	37,2	38,3	39,6	40,8
1111 - 631 01	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 LAG	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2006 bis 2010

- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	2006	2007	2008	2009	2010
	Haushalt	Entwurf	Entwurf	MFP	
	T€				
I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen					
(Tit. 613 03)	500,0	500,0	500,0	500	500
(Tit. 613 04)	17.000,0	17.000,0	17.000,0	17.000	17.000
(Tit. 883 01)	500,0	500,0	500,0	500	500
2. Zuweisung an den Förderfonds Hamburg / Schleswig-Holstein					
(Tit. 883 16)	1.278,0	1.278,0	1.278,0	1.278	1.278
3. Zuweisung an den Kommunalen Schulbaufonds					
(MG 01)	31.000,0	31.000,0	31.000,0	31.000	31.000
4. Zuweisung für Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen					
(Tit. 633 03)	36.700,0	36.700,0	36.700,0	36.700	36.700
5. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
5.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen					
(Tit. 633 01)	1.700,0	1.700,0	1.700,0	1.700	1.700
5.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen					
(Tit. 883 02)	1.900,0	1.900,0	1.900,0	1.900	1.900
5.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten					
(Tit. 633 02)	15.150,0	15.150,0	15.150,0	15.150	15.150
5.4 besondere Straßenbaumaßnahmen					
(Tit. 883 03)	5.250,0	5.250,0	5.250,0	5.250	5.250
6. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs					
(Tit. 633 04)	5.000,0	-	-	-	-
7. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern					
(Tit. 633 05)	4.300,0	4.300,0	4.300,0	4.300	4.300
8. Zuweisungen zu den Lasten der Grundsicherung für Arbeitsuchende					
(Tit. 633 06)	11.000,0	-	-	-	-
9. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens					
(Tit. 633 07)	7.100,0	7.100,0	7.100,0	7.100	7.100
10. Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten					
(Tit. 633 08)	45.600,0	-	-	-	-
11. Zuweisungen zur Förderung von für Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen					
(Tit. 633 10)	60.000,0	60.000,0	60.000,0	60.000	60.000
12. Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen Verwaltungszusammenschlüssen					
(Tit. 613 07)	5.000,0	5.000,0	5.000,0	-	-
13. Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen Gebietsänderungen					
(Tit. 613 08)	1.000,0	-	-	-	-
Summe I	249.978,0	187.378,0	187.378,0	182.378	182.378

Gegenstand	2006	2007	2008	2009	2010
	Haushalt	Entwurf	Entwurf	MFP	
	T€				
II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	618.652,8	659.479,7	711.011,6	737.383	766.173
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	57.470,5	61.263,1	66.050,3	68.500	71.175
Summe II	676.123,3	720.742,8	777.061,9	805.883	837.348
Finanzausgleichsmasse	926.101,3	908.120,8	964.439,9	988.261	1.019.726
Zuwachs in v.H.					
FAG-Masse	- 14,7	- 1,9	6,2	2,5	3,2
Schlüsselzuweisungen	- 25,2	6,6	7,8	3,7	3,9
III. Berechnung der FAG-Masse					
Steuern, LFA und BEZ	5.160.900,0	5.504.000,0	5.677.600,0	5.847.100,0	6.076.700,0
- Familienleistungsausgleich	- 73.000,0	- 72.200,0	- 71.400,0	- 72.800	- 74.300
Verbundmasse	5.087.900,0	5.431.800,0	5.606.200,0	5.774.300	6.002.400
FAG-Masse (17,74 v.H.)	902.593,5	963.601,3	994.539,9	1.024.361	1.064.826
- Finanzierungsbeitrag	+ 70.900,0	- 23.200,0	- 30.100,0	- 36.100	- 45.100
- restliche Abrechnung 2003	- 22.560,1				
- Abrechnung 2004	+ 3.231,9				
- Teilabrechnung 2005	- 30.000,0				
- restliche Abrechnung 2005		- 47.332,2			
- Vorgezogene Abrechnung 2006		+ 15.500,0			
- Abrechnung FLA 2002	+ 1.269,2				
- Abrechnung FLA 2003	+ 666,8				
- Abrechnung FLA 2004	-	- 448,3			
Finanzausgleichsmasse	926.101,3	908.120,8	964.439,9	988.261	1.019.726
Nachrichtlich:					
Familienleistungsausgleich					
- lfd. Jahr -	73.000,0	72.200,0	71.400,0	72.800	74.300
- Abrechnung 2004	- 3.371,0	+ 2.265,2			

Sachinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Bezeichnung	Haushalt 2006 Mio €	Entwurf 2007 Mio €	Entwurf 2008 Mio €	Planung 2009 Mio €	Planung 2010 Mio €
1	2	3	4	5	6
Sachinvestitionen					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe7)	121,8	114,7	111,5	184,6	144,7
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	47,0	79,1	68,0	42,3	35,0
Investitionsfördermaßnahmen					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	366,2	357,8	348,1	353,9	388,7
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	190,2	234,4	188,4	202,8	159,4
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	12,1	13,3	13,6	13,8	13,1
Summe	737,3	799,3	729,6	797,4	740,9

Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. € 3	Mio. € 4	Mio. € 5	Mio. € 6	Mio. € 7
<u>Einzelplan 03</u>						
- Ministerpräsident, Staatskanzlei -						
<u>Kap. 0303</u>						
684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	11,6	11,7	11,9	12,3	12,6
<u>Kap. 0306</u>						
684 10 MG 08	SH Musik Festival	1,5	1,7	1,7	1,7	1,7
<u>Einzelplan 04</u>						
- Innenministerium -						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3
<u>Kap. 0407</u>						
633 62 634 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	22,5	22,5	21,7	21,6	21,6
<u>Kap. 0410</u>						
811 01 ff.	Investiver Polizeihaushalt	9,9	10,5	11,2	10,4	10,5
TG 63	Digitalfunk	0,5	27,1	27,8	12,6	8,3
<u>Kap. 0416</u>						
633 01	Wohngeld	62,0	58,0	58,5	59,0	59,5
MG 01	Wohnraumförderung	7,2	8,0	6,8	7,1	7,0
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	1,4	1,0	0,7	0,3	0,2
MG 04	Städtebauförderung	16,3	16,9	19,6	21,8	24,3
<u>Einzelplan 06</u>						
- Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr -						
<u>Kap. 0602</u>						
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	30,1	34,5	29,5	29,5	29,5
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.-holst. Werften	8,5	6,6	3,5	2,5	0,5
MG 02	Aus- und Weiterbildung	6,5	6,1	6,0	5,4	5,5
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	4,7	3,7	3,7	3,7	3,7
MG 04	Beratungs- und Informationswesen des mittelständischen Gewerbes	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
		3	4	5	6	7
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4
MG 07	Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft	5,6	8,3	7,4	8,6	8,5
MG 08	Informationswirtschaft und Multimedia	1,8	1,6	1,0	0,9	0,4
MG 15	Regionalprogramm 2000	43,1	1,2	0,4	0,0	0,0
MG 17	Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein: Bereich Wirtschaft	-	49,1	49,1	49,1	68,1
TG 61	Tourismus	2,2	3,5	3,0	2,2	1,8
<u>Kap. 0603</u>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	20,2	18,2	22,2	23,4	24,8
<u>Kap. 0604</u>						
685 01	Betriebszuschüsse für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr SH	58,8	58,6	58,4	58,3	58,3
894 01	Investitionszuschüsse für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr SH	30,8	34,1	31,2	32,4	32,4
<u>Kap. 0605</u>	Ausgaben für landeseigene Häfen	5,7	5,1	5,1	4,8	4,3
<u>Kap. 0607</u>						
MG 02	Maßnahmen aus Regionalisierungsmitteln	218,2	221,6	225,0	228,5	231,9
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	13,1	8,9	13,9	13,9	13,9
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	28,2	28,0	28,0	28,0	28,0
TG 73	Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr	4,1	4,2	4,3	4,4	4,5
<u>Kap. 0620</u>						
MG 02	Zuschuss für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	135,1	133,0	133,1	133,1	133,0
MG 06	Zuschüsse an die Hochschulen des Landes	234,3	235,8	235,0	235,0	235,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
		3	4	5	6	7
<u>Kap. 0624</u>						
MG 01	Ausbildungsförderung	58,0	60,0	60,0	60,0	60,0
<u>Einzelplan 07</u>						
- Ministerium für Bildung und Frauen -						
<u>Kap. 0704</u>						
MG 01	Vorschulische Sprachförderung	3,0	6,0	6,0	6,0	6,0
<u>Kap. 0707</u>						
MG 02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
<u>Kap. 0710</u>						
883 02	Zuweisung an die Landeshauptstadt Kiel für das ÖPP-Projekt „Berufliche Schulen in Kiel“ (RBZ)	-	-	-	-	15,0
MG 07	Zuschüsse an dt. Privatschulen	37,3	37,6	37,4	37,9	38,4
MG 09	Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit	26,0	26,2	26,6	27,4	27,9
MG 17	Betreuungsangebote und Ausbildungsbeihilfen	4,2	5,3	5,5	5,5	5,5
TG 62	Aufbau und Weiterentwicklung von Ganztagschulen	-	-	5,0	5,0	-
<u>Kap. 0711 bis 0716</u>						
	Personalkosten Lehrer	1.124,8	1.120,8	1.133,3	1.148,0	1.155,2
<u>Einzelplan 09</u>						
- Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa -						
<u>Kap. 0910</u>						
	Arbeitsmarktförderung					
MG 01	Jugendaufbauwerk	2,2	1,6	2,2	2,2	2,2
MG 02	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ESF)	38,3	44,6	19,5	13,8	-
MG 03	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen „ASH III“ und ASH 2000	1,3	1,0	0,4	-	-
MG 04	Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	-	17,1	24,8	25,6	25,2
<u>Einzelplan 10</u>						
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren -						
<u>Kap. 1002</u>						
684 03	An Verbände für Einrichtungen der dezentralen psychiatrischen Versorgung	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
623 03 MG 03	Schuldendiensthilfen an Krankenhausträgerinnen/Krankenhausträger	17,3	20,9	24,9	30,0	34,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
		3	4	5	6	7
883 02 MG 03	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	42,3	42,3	43,5	44,5	45,7
MG 08	Maßregelvollzug	23,0	23,2	24,2	25,9	27,0
TG 61	Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	3,0	2,8	2,7	2,8	2,7
TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
<u>Kap. 1003</u>						
633 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsoferfürsorge	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1
681 01	Impfschäden	3,6	3,8	3,9	4,0	4,0
<u>Kap. 1004</u>						
671 03	Unfallversicherung	6,0	6,1	6,2	6,3	6,3
MG 01	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur	20,3	19,9	20,6	21,2	21,8
MG 08	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	9,6	9,3	9,0	8,7	8,4
<u>Kap. 1005</u>						
633 02	Landesblindengeld	18,8	18,2	18,3	18,3	18,3
633 10	Grundsicherungsgesetz	41,0	34,0	34,0	34,0	34,0
MG 05	Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
TG 63	Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	0,6	0,6	0,6	1,1	1,3
TG 65	Sozialgesetzliche Leistungen	601,3	612,7	634,5	657,3	680,9
<u>Kap. 1007</u>						
MG 01	Atomrechtliche Verfahren	20,3	20,3	20,5	28,4	29,3
<u>Kap. 1012</u>						
	Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt					
633 01	Unterhaltsvorschuss (Erstattungen)	37,0	37,2	38,3	39,6	40,8
633 06 684 02	Verbraucherinsolvenzberatung	3,8	4,0	4,0	4,5	4,7
MG 01	Weiterentwicklung der Kinder- u. Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifikation und Fortbildung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
3	4	5	6	7		
MG 03	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Kinder- und Jugendschutz	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
MG 04	Familienförderung	3,1	3,2	3,2	3,2	3,3
MG 05	Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe	1,0	2,1	2,7	2,2	0,9
MG 06	Präventive Maßnahmen, Finanzie- rungsbeteiligung gem. JuFöG	1,7	1,9	1,9	1,9	1,9
MG 07	Hilfe zur Erziehung	3,7	4,5	4,6	5,0	5,0
<u>Kap. 1016</u> 684 04	Ausbildung in der Altenpflege	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
<u>Einzelplan 11</u> - Allgemeine Finanzverwaltung -						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	926,1	908,1	964,4	988,3	1.019,7
	Zuweisung Familienleistungsaus- gleich	63,2	74,5	71,4	72,8	74,3
<u>Kap. 1104</u>						
MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheits- leistungen und Gewährleistungen	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
<u>Kap. 1111</u>						
631 01	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 LAG	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
893 01	Schleswig-Holstein Fonds					
	Epl. 03	-	1,8	1,9	1,5	-
	Epl. 06	45,9	56,7	49,9	47,6	-
	Epl. 07	-	-	5,0	5,0	-
	Epl. 09	3,5	4,6	4,6	4,5	-
	Epl. 11	26,7	52,8	26,6	40,1	-
	Epl. 12	2,0	2,0	0,3	-	-
	Epl. 13	1,9	2,1	1,7	1,3	-
TG 64	Regionalprogramm 2000					
	Epl. 03	0,1	0,1	0,1	-	-
	Epl. 04	0,3	0,1	-	-	-
	Epl. 06	1,1	1,2	0,4	-	-
	Epl. 11	6,6	2,0	3,4	-	-
<u>Einzelplan 12</u> -Hochbaumaßnahmen des Landes -						
<u>Kap. 1212</u> MG 01, TG 70 - 83	Ausbau und Neubau von Hochschulen	61,4	50,0	45,0	45,0	45,0
<u>Kap. 1209</u>	Investitionsprogramm Justizvollzug	7,4	8,0	10,5	8,5	6,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. € 3	Mio. € 4	Mio. € 5	Mio. € 6	Mio. € 7

Einzelplan 13

**- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume -**

<u>Kap. 1313</u>	Naturschutz					
MG 01	Biologischer Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz (Oberflächenwasserabgabe)	7,9	7,8	8,0	9,0	9,1
MG 02	Biologischer Flächenschutz, NATURA 2000 und Artenschutz	2,5	2,9	2,9	2,9	2,9
MG 20	Vertragsnaturschutz, NATURA 2000 und Halligpro- gramm (Abwasserabgabe und Grundwasserentnahmeabgabe)	4,2	3,8	4,3	5,1	5,9
MG 23	Vertragsnaturschutz und Hallig- programm	4,6	4,8	6,2	8,0	9,8
<u>Kap. 1314</u>	Forstwirtschaft, Jagd					
MG 06	Waldbauliche Förderungsmaß- nahmen	1,6	1,0	1,0	1,2	1,2
<u>Kap. 1315</u>	Wasserwirtschaft, mariner Natur- schutz					
MG 01	Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Vollzug nach dem Ab- wasserabgabengesetz	4,9	3,7	3,8	4,1	4,0
MG 03	Maßnahmen zur Gewässerent- wicklung und zur Verminderung von Nährstoffeinträgen (Abwas- serabgabe)	2,1	1,4	1,5	1,5	1,5
MG 04	Bekämpfung von Meeresver- schmutzungen (Abwasserabgabe)	8,0	8,0	8,1	8,0	8,0
MG 05	Grundlage zur Verbesserung der Güte der Küstengewässer (Ab- wasserabgabe)	1,3	1,5	1,4	1,2	1,1
MG 08	An den Bund zur Unterhaltung der Sperrwerke	4,3	2,5	2,4	2,5	1,9
MG 09	Grundlagen zur Verbesserung der Güte der Binnengewässer	0,4	2,7	2,5	2,3	2,3
MG 20	Grundwasserschutz, Grundwas- serbewirtschaftung, Wasserver- sorgung (Grundwasserentnahme- abgabe)	4,1	3,2	3,2	3,3	3,3
MG 21	Grundlagen des Grundwasser- schutzes und der Grundwasser- bewirtschaftung (Grundwasser- entnahmeabgabe)	1,2	0,8	0,9	1,6	1,3

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2006	Entwurf 2007	Entwurf 2008	Planung	
					2009	2010
1	2	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
MG 22	Maßnahmen zum Schutz und zur Bewirtschaftung des Grundwassers (Grundwasserentnahmeabgabe)	1,8	1,4	1,0	1,0	0,9
MG 23	Maßnahmen zum flächenhaften Grundwasserschutz	1,7	1,3	1,4	2,8	2,9
MG 31	Grundsatzaufgaben zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (Oberflächenwasserabgabe)	1,1	0,9	0,8	1,1	1,5
MG 34	Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung, Deiche und Schöpfwerke (Oberflächenwasserabgabe)	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
TG 65	Nationalpark-Service	2,3	2,7	2,3	2,3	2,3
<u>Kap. 1316</u>	Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten					
MG 06	Maßnahmen des Ministeriums auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, des Bodenschutzes und der Altlastensanierung	1,6	1,0	1,0	1,3	1,3
MG 09	Abfallvermeidung, Stoffwirtschaft, Abfallwirtschaft, Altlastensanierung und Bodenschutz	3,6	4,2	4,1	4,2	3,4
<u>Kap. 1317</u>	Landwirtschaft, Fischerei					
MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (FIAF/EFF)	3,5	3,1	3,1	1,6	1,6
MG 20	Aufwendungen für landwirtschaftliche Berufsfach- und Fachschulen	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3
MG 21	Zuwendungen an die Landwirtschaftskammer	6,2	6,0	5,9	6,1	6,0
<u>Kap. 1318</u>	Nachhaltige Entwicklung / Agenda 21					
MG 01	Akademie für Natur und Umwelt	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
<u>Kap. 1319</u>	Verbraucherschutz					
MG 03	Landesbetrieb "Landeslabor"	10,0	9,7	9,5	9,3	9,1
<u>Kap. 1320</u>	- Gemeinschaftsaufgabe - Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung					
MG 03		13,8	11,7	11,7	16,0	16,0
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau-technische Maßnahmen	5,6	5,0	5,0	5,0	5,0
MG 06	Forstliche Maßnahmen	4,4	3,7	3,7	3,7	3,7
MG 08	Küstenschutz	25,8	23,5	23,5	23,2	23,2

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt	Entwurf	Entwurf	Planung	
		2006	2007	2008	2009	2010
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
MG 09	Integrierte ländliche Entwicklung	7,4	7,7	7,7	7,7	7,7
MG 13	Maßnahmen aus dem EAGFL / Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	29,3	18,8	18,8	18,6	18,6
MG 14	Maßnahmen im Rahmen der Mo- dulation	7,7	6,0	6,0	-	-

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11-17)	2006	6.421.587,0	
		2007	6.844.912,2	
		2008	7.016.156,2	
		2009	7.221.911,8	
		2010	7.452.380,8	
11	Steuern und EU-Eigenmittel	2006	5.104.000,0	
		2007	5.489.400,0	
		2008	5.655.700,0	
		2009	5.823.500,0	
		2010	6.050.100,0	
1101	Lohnsteuer	2006	1.640.000,0	011
		2007	1.655.500,0	
		2008	1.706.100,0	
		2009	1.755.200,0	
		2010	1.808.400,0	
1102	Veranlagte Einkommensteuer	2006	186.700,0	012
		2007	266.800,0	
		2008	310.200,0	
		2009	348.900,0	
		2010	392.500,0	
1103	Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer	2006	470.800,0	013, 014, 018
		2007	491.100,0	
		2008	490.200,0	
		2009	511.100,0	
		2010	549.100,0	
1104	Umsatzsteuer	2006	1.909.300,0	015, 016
		2007	2.155.500,0	
		2008	2.221.600,0	
		2009	2.262.700,0	
		2010	2.334.000,0	
1105	Gewerbsteuerumlage	2006	142.400,0	017
		2007	162.600,0	
		2008	163.100,0	
		2009	174.600,0	
		2010	188.100,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1106	EU-Eigenmittel	2006	--	21-24
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1107	Tabaksteuer	2006	--	032
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1108	Mineralölsteuer	2006	--	031
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1109	Sonstige Bundessteuern	2006	--	033-049
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1110	Lastenausgleichsabgaben	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1111	Vermögensteuer	2006	2.500,0	051
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
1112	Kraftfahrzeugsteuer	2006	306.600,0	054
		2007	314.600,0	
		2008	311.300,0	
		2009	307.600,0	
		2010	304.600,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1113	Biersteuer	2006	15.100,0	061
		2007	15.700,0	
		2008	15.500,0	
		2009	15.400,0	
		2010	15.300,0	
1114	Sonstige Landessteuern	2006	430.600,0	052, 053, 055-059, 069
		2007	427.600,0	
		2008	437.700,0	
		2009	448.000,0	
		2010	458.100,0	
1115	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2006	--	071
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1116	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2006	--	076
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1117	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	2006	--	078
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1118	Grundsteuer	2006	--	072-073
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1119	Gewerbsteuer	2006	--	075-077
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1120	Sonstige Gemeindesteuern	2006	--	081-089
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Muenzeinnahmen)	2006	103.393,0	09 (ohne 092)
		2007	104.652,7	
		2008	104.652,7	
		2009	104.652,0	
		2010	104.306,0	
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2006	185.864,8	12
		2007	252.463,9	
		2008	256.030,6	
		2009	265.595,1	
		2010	265.552,1	
14	Zinseinnahmen	2006	173,6	
		2007	166,5	
		2008	158,2	
		2009	152,0	
		2010	143,0	
141	vom öffentlichen Bereich	2006	0,5	
		2007	0,2	
		2008	0,2	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
1411	von Ländern	2006	--	152
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1412	von Gemeinden (GV.)	2006	0,5	153
		2007	0,2	
		2008	0,2	
		2009	0,0	
		2010	0,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1413	von Zweckverbänden	2006	0,0	157
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	151, 154, 156
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
142	von anderen Bereichen	2006	173,1	16
		2007	166,3	
		2008	158,0	
		2009	152,0	
		2010	143,0	
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2006	803.972,6	
		2007	778.291,0	
		2008	780.665,3	
		2009	798.788,0	
		2010	800.356,0	
151	vom öffentlichen Bereich	2006	716.491,1	
		2007	677.226,2	
		2008	692.385,6	
		2009	718.627,0	
		2010	731.200,0	
1511	vom Bund	2006	547.819,7	211, 231
		2007	507.417,4	
		2008	514.309,1	
		2009	529.448,0	
		2010	530.382,0	
1512	Länderfinanzausgleich	2006	95.500,0	212
		2007	91.200,0	
		2008	96.300,0	
		2009	104.900,0	
		2010	115.500,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1513	sonstige von Ländern	2006	13.980,0	232
		2007	19.239,0	
		2008	19.278,4	
		2009	19.142,0	
		2010	19.145,0	
1514	von Gemeinden (GV.)	2006	57.849,2	213, 233
		2007	58.120,5	
		2008	61.245,4	
		2009	63.932,0	
		2010	64.968,0	
1515	von Zweckverbänden	2006	88,7	217, 237
		2007	64,0	
		2008	61,5	
		2009	59,0	
		2010	59,0	
1516	von Sozialversicherungsträgern	2006	1.253,5	216, 235, 236
		2007	1.185,3	
		2008	1.191,2	
		2009	1.146,0	
		2010	1.146,0	
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	214, 234
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
152	von anderen Bereichen	2006	87.481,5	112, 27, 28
		2007	101.064,8	
		2008	88.279,7	
		2009	80.161,0	
		2010	69.156,0	
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	2006	24.572,2	
		2007	25.448,6	
		2008	24.393,2	
		2009	24.764,0	
		2010	24.655,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	2006	7.112,0	
		2007	7.871,0	
		2008	6.731,0	
		2009	7.013,0	
		2010	6.930,0	
1611	vom Bund	2006	7.112,0	221
		2007	7.871,0	
		2008	6.731,0	
		2009	7.013,0	
		2010	6.930,0	
1612	von Ländern	2006	--	222
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	223-227
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
162	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	2006	17.460,2	26
		2007	17.577,6	
		2008	17.662,2	
		2009	17.751,0	
		2010	17.725,0	
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	2006	199.610,8	
		2007	194.489,5	
		2008	194.556,2	
		2009	204.460,7	
		2010	207.268,7	
171	Gebühren, sonstige Entgelte	2006	188.210,6	111
		2007	181.635,6	
		2008	183.491,0	
		2009	193.475,0	
		2010	196.373,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
172	Sonstige Einnahmen	2006	11.400,2	119
		2007	12.853,9	
		2008	11.065,2	
		2009	10.985,7	
		2010	10.895,7	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)	2006	237.248,5	
		2007	222.490,3	
		2008	200.531,7	
		2009	198.233,3	
		2010	206.574,0	
21	Veräußerung von Sachvermögen	2006	3.394,3	131, 132
		2007	3.330,1	
		2008	3.563,1	
		2009	2.017,0	
		2010	1.167,0	
22	Vermögensübertragungen	2006	224.511,5	
		2007	210.725,0	
		2008	189.637,3	
		2009	189.835,0	
		2010	199.469,0	
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	2006	146.631,8	
		2007	142.393,2	
		2008	122.105,5	
		2009	124.055,0	
		2010	133.689,0	
2211	vom Bund	2006	120.635,8	331
		2007	113.811,1	
		2008	91.537,1	
		2009	90.637,0	
		2010	97.411,0	
2212	von Ländern	2006	104,0	332
		2007	104,0	
		2008	104,0	
		2009	104,0	
		2010	104,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2213	von Gemeinden (GV.)	2006	25.892,0	333
		2007	28.478,1	
		2008	30.464,4	
		2009	33.314,0	
		2010	36.174,0	
2214	von Sozialversicherungsträgern	2006	0,0	336
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	334; 337
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	2006	77.879,7	34
		2007	68.331,8	
		2008	67.531,8	
		2009	65.780,0	
		2010	65.780,0	
2221	von Sozialversicherungsträgern	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2222	von Sonstigen	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
223	Sonstige Vermögensübertragungen	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2231	vom Bund	2006	--	291
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2232	von Ländern	2006	--	292
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2233	von Gemeinden (GV.)	2006	--	293
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2234	von anderen Bereichen	2006	--	297-299
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
23	Darlehensrückflüsse	2006	7.159,7	
		2007	6.924,8	
		2008	6.164,1	
		2009	5.551,3	
		2010	5.446,0	
231	vom öffentlichen Bereich	2006	1.085,8	
		2007	527,5	
		2008	1.013,4	
		2009	526,3	
		2010	423,0	
2311	von Ländern	2006	--	172
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2312	von Gemeinden (GV.)	2006	665,8	173
		2007	107,5	
		2008	593,4	
		2009	106,3	
		2010	3,0	
2313	von Zweckverbänden	2006	420,0	177
		2007	420,0	
		2008	420,0	
		2009	420,0	
		2010	420,0	
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	171, 174, 176
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
232	von anderen Bereichen	2006	6.073,9	
		2007	6.397,3	
		2008	5.150,7	
		2009	5.025,0	
		2010	5.023,0	
2321	von Sonstigen im Inland	2006	6.063,9	141, 181, 182
		2007	6.387,3	
		2008	5.140,7	
		2009	5.015,0	
		2010	5.013,0	
2322	vom Ausland	2006	10,0	146, 186
		2007	10,0	
		2008	10,0	
		2009	10,0	
		2010	10,0	
24	Veräußerungen von Beteiligungen u. dgl.	2006	709,0	133, 134
		2007	500,0	
		2008	500,0	
		2009	500,0	
		2010	300,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	2006	1.474,0	
		2007	1.010,4	
		2008	667,2	
		2009	330,0	
		2010	192,0	
251	vom Bund	2006	1.474,0	311
		2007	1.010,4	
		2008	667,2	
		2009	330,0	
		2010	192,0	
252	von Ländern	2006	--	312
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
253	von Gemeinden/Gv	2006	--	313
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	314, 317
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
3	Globale Mehreinnahmen	2006	-25.000,0	
		2007	-100.000,0	
		2008	-50.000,0	
		2009	-50.000,0	
		2010	-50.000,0	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt	2006	-25.000,0	37
		2007	-100.000,0	
		2008	-50.000,0	
		2009	-50.000,0	
		2010	-50.000,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2006	6.633.835,5	
		2007	6.967.402,5	
		2008	7.166.687,9	
		2009	7.370.145,1	
		2010	7.608.954,8	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2006	4.077.360,6	
		2007	4.582.704,8	
		2008	3.821.195,8	
		2009	3.289.476,0	
		2010	3.113.770,0	
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2006	4.065.010,6	32
		2007	4.552.804,8	
		2008	3.795.195,8	
		2009	3.269.476,0	
		2010	3.102.770,0	
52	Entnahme aus Rücklagen	2006	12.350,0	35
		2007	29.900,0	
		2008	26.000,0	
		2009	20.000,0	
		2010	11.000,0	
53	Überschüsse aus Vorjahren	2006	0,0	36
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
54	Münzeinnahmen	2006	--	092
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
6	Zu- und Absetzungen	2006	22.189,7	
		2007	13.903,2	
		2008	14.014,5	
		2009	14.026,0	
		2010	14.036,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
61	./ Schätzung für Leertitel	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
62	./ Sonderhaushalte	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
63	./ Bruttostellungen	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
64	+Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	2006	22.189,7	38
		2007	13.903,2	
		2008	14.014,5	
		2009	14.026,0	
		2010	14.036,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)	2006	10.733.385,8	
		2007	11.564.010,5	
		2008	11.001.898,2	
		2009	10.673.647,1	
		2010	10.736.760,8	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)	2006	7.449.183,6	
		2007	7.512.691,5	
		2008	7.682.762,8	
		2009	8.008.477,4	
		2010	8.269.191,6	
11	Personalausgaben	2006	3.134.659,1	4
		2007	3.041.604,3	
		2008	3.105.727,2	
		2009	3.257.972,0	
		2010	3.368.755,4	
12	Laufender Sachaufwand	2006	519.196,4	
		2007	569.021,5	
		2008	566.048,9	
		2009	594.842,2	
		2010	584.886,0	
121	Sächliche Verwaltungsausgaben	2006	441.430,8	51-54
		2007	454.481,0	
		2008	457.862,4	
		2009	485.581,2	
		2010	486.327,0	
122	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2006	--	55
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
123	Erstattungen an andere Bereiche	2006	32.750,9	67
		2007	36.292,7	
		2008	44.278,7	
		2009	47.524,6	
		2010	47.970,6	
124	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2006	45.014,7	686
		2007	78.247,8	
		2008	63.907,8	
		2009	61.736,4	
		2010	50.588,4	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
13	Zinsausgaben	2006	910.674,6	
		2007	1.011.677,4	
		2008	1.037.570,5	
		2009	1.115.456,0	
		2010	1.211.983,0	
131	an öffentlichen Bereich	2006	17,9	
		2007	16,4	
		2008	15,7	
		2009	15,0	
		2010	15,0	
1311	an Bund	2006	17,9	561
		2007	16,4	
		2008	15,7	
		2009	15,0	
		2010	15,0	
1312	an Sondervermögen	2006	--	564
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	562, 563, 567
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
132	an andere Bereiche	2006	910.656,7	
		2007	1.011.661,0	
		2008	1.037.554,8	
		2009	1.115.441,0	
		2010	1.211.968,0	
1321	für Ausgleichsforderungen	2006	--	573
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1322	für Kreditmarktmittel	2006	910.656,7	571, 575, 576
		2007	1.011.661,0	
		2008	1.037.554,8	
		2009	1.115.441,0	
		2010	1.211.968,0	
1323	an Sozialversicherungsträger	2006	--	572
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2006	2.854.282,6	
		2007	2.855.449,6	
		2008	2.933.847,9	
		2009	2.995.030,2	
		2010	3.055.118,2	
141	an Verwaltungen	2006	1.818.006,5	
		2007	1.816.802,6	
		2008	1.887.935,9	
		2009	1.933.284,1	
		2010	1.986.759,1	
1411	an Bund	2006	16.601,9	611, 631
		2007	15.273,5	
		2008	14.859,1	
		2009	14.755,0	
		2010	14.463,0	
1412	Länderfinanzausgleich	2006	0,0	612
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
1413	Sonstige an Länder	2006	24.507,1	632
		2007	23.156,4	
		2008	23.396,1	
		2009	24.182,3	
		2010	24.425,3	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1414	Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden	2006	705.517,0	613
		2007	757.596,9	
		2008	806.063,6	
		2009	827.835,0	
		2010	858.125,0	
1415	Sonstige an Gemeinden (GV.)	2006	1.061.173,9	633
		2007	1.005.359,7	
		2008	1.027.565,5	
		2009	1.049.826,8	
		2010	1.073.076,8	
1416	an Sondervermögen	2006	2.379,6	614, 634
		2007	6.965,5	
		2008	7.266,4	
		2009	7.908,0	
		2010	7.909,0	
1417	an Zweckverbände	2006	5.325,2	617, 637
		2007	5.325,5	
		2008	5.325,5	
		2009	5.318,0	
		2010	5.318,0	
1418	an Sozialversicherungsträger	2006	2.501,8	616, 636
		2007	3.125,1	
		2008	3.459,7	
		2009	3.459,0	
		2010	3.442,0	
142	an andere Bereiche	2006	1.036.276,1	
		2007	1.038.647,0	
		2008	1.045.912,0	
		2009	1.061.746,1	
		2010	1.068.359,1	
1421	an Unternehmen für betriebsfremde Lasten	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2006	821.075,4	682, 683, 685
		2007	824.404,5	
		2008	832.756,8	
		2009	842.341,5	
		2010	845.862,5	
1423	Renten, Unterstützungen und Ähnliches	2006	72.574,3	681
		2007	70.585,5	
		2008	72.423,1	
		2009	76.957,6	
		2010	79.405,6	
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	2006	142.372,2	684
		2007	143.403,1	
		2008	140.478,2	
		2009	142.193,0	
		2010	142.850,0	
1425	an Ausland	2006	254,2	687, 688
		2007	253,9	
		2008	253,9	
		2009	254,0	
		2010	241,0	
1426	an Ausland	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
15	Schuldendiensthilfen	2006	30.370,9	
		2007	34.938,7	
		2008	39.568,3	
		2009	45.177,0	
		2010	48.449,0	
151	an Verwaltungen	2006	17.346,0	
		2007	20.910,2	
		2008	24.883,2	
		2009	29.970,0	
		2010	34.474,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1511	an Länder	2006	--	622
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1512	an Gemeinden (GV.)	2006	17.346,0	623
		2007	20.910,2	
		2008	24.883,2	
		2009	29.970,0	
		2010	34.474,0	
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	621, 624, 626
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1514	an Zweckverbände	2006	--	627
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
152	an andere Bereiche	2006	13.024,9	
		2007	14.028,5	
		2008	14.685,1	
		2009	15.207,0	
		2010	13.975,0	
1521	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2006	12.249,2	661, 662, 664
		2007	13.284,9	
		2008	13.981,3	
		2009	14.527,0	
		2010	13.327,0	
1522	an Sonstige im Inland	2006	775,7	663
		2007	743,6	
		2008	703,8	
		2009	680,0	
		2010	648,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1523	an Ausland	2006	--	666
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
1524	an Ausland	2006	--	
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)	2006	738.347,4	
		2007	801.191,2	
		2008	730.563,9	
		2009	798.480,0	
		2010	742.019,6	
21	Sachinvestitionen	2006	168.808,7	
		2007	193.874,6	
		2008	179.537,8	
		2009	226.983,8	
		2010	179.791,6	
211	Baumaßnahmen	2006	121.796,3	7
		2007	114.728,9	
		2008	111.498,8	
		2009	184.634,2	
		2010	144.749,0	
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2006	163,3	82
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
213	Erwerb von beweglichen Sachen	2006	46.849,1	81
		2007	79.145,7	
		2008	68.039,0	
		2009	42.349,6	
		2010	35.042,6	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
22	Vermögensübertragungen	2006	520.721,0	
		2007	557.074,6	
		2008	501.552,3	
		2009	522.194,2	
		2010	513.711,0	
221	Zuweisungen für Investitionen	2006	351.236,5	
		2007	342.839,6	
		2008	333.094,9	
		2009	338.921,4	
		2010	373.691,0	
2211	an Länder	2006	0,0	882
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
2212	an Gemeinden (GV.)	2006	335.242,8	883
		2007	328.372,1	
		2008	318.515,4	
		2009	323.685,4	
		2010	358.899,0	
2213	an Zweckverbände	2006	12.575,7	887
		2007	11.317,7	
		2008	11.543,7	
		2009	11.351,0	
		2010	11.601,0	
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	2006	3.418,0	881, 884, 886
		2007	3.149,8	
		2008	3.035,8	
		2009	3.885,0	
		2010	3.191,0	
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	2006	169.012,1	89
		2007	213.735,2	
		2008	167.963,4	
		2009	182.781,8	
		2010	139.527,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
223	sonstige Vermögensübertragungen	2006	472,4	
		2007	499,8	
		2008	494,0	
		2009	491,0	
		2010	493,0	
2231	an Länder	2006	--	692
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2232	an Gemeinden (GV.)	2006	357,0	693
		2007	410,0	
		2008	489,0	
		2009	491,0	
		2010	493,0	
2233	an sonstige Verwaltungen	2006	--	691
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2234	an andere Bereiche	2006	115,4	697, 698, 699
		2007	89,8	
		2008	5,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
23	Darlehen	2006	48.294,0	
		2007	49.030,4	
		2008	48.964,2	
		2009	48.793,0	
		2010	48.025,0	
231	an Verwaltungen	2006	15.000,0	
		2007	15.000,0	
		2008	15.000,0	
		2009	15.000,0	
		2010	15.000,0	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2311	an Länder	2006	--	852
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
2312	an Gemeinden (GV.)	2006	0,0	853
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
2313	an Zweckverbände	2006	0,0	857
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
2314	an sonstige Verwaltungen	2006	15.000,0	851, 854, 856
		2007	15.000,0	
		2008	15.000,0	
		2009	15.000,0	
		2010	15.000,0	
232	an andere Bereiche	2006	33.294,0	
		2007	34.030,4	
		2008	33.964,2	
		2009	33.793,0	
		2010	33.025,0	
2321	an Sonstige im Inland	2006	33.294,0	861-863, 87
		2007	34.030,4	
		2008	33.964,2	
		2009	33.793,0	
		2010	33.025,0	
2322	an Ausland	2006	--	866
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
24	Erwerb von Beteiligungen u.ä.	2006	0,0	83
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	2006	523,7	
		2007	1.211,6	
		2008	509,6	
		2009	509,0	
		2010	492,0	
251	an Bund	2006	123,7	581
		2007	811,6	
		2008	109,6	
		2009	109,0	
		2010	92,0	
252	an Sondervermögen	2006	400,0	584
		2007	400,0	
		2008	400,0	
		2009	400,0	
		2010	400,0	
253	an sonstigen öffentlichen Bereich	2006	--	582, 583, 587
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
3	Globale Mehrausgaben	2006	21.000,0	
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	-341.812,3	
		2010	-541.256,4	
3000	Globale Mehrausgaben - soweit nicht aufgeteilt	2006	21.000,0	97
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	-341.812,3	
		2010	-541.256,4	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamtausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2006	8.208.531,0	
		2007	8.313.882,7	
		2008	8.413.326,7	
		2009	8.465.145,1	
		2010	8.469.954,8	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2006	2.502.665,1	
		2007	3.236.224,6	
		2008	2.574.557,0	
		2009	2.194.476,0	
		2010	2.252.770,0	
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2006	2.502.665,1	
		2007	3.236.224,6	
		2008	2.574.557,0	
		2009	2.194.476,0	
		2010	2.252.770,0	
511	für Kreditmarktmittel	2006	2.502.665,1	595
		2007	3.236.224,6	
		2008	2.574.557,0	
		2009	2.194.476,0	
		2010	2.252.770,0	
512	für Ausgleichsforderungen	2006	--	593
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
513	an Sozialversicherungsträger	2006	--	592
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	
514	an Sonstige	2006	--	591, 596
		2007	--	
		2008	--	
		2009	--	
		2010	--	

Finanzplan 2006 bis 2010

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
52	Zuführung an Rücklagen	2006	0,0	91
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2006	0,0	96
		2007	0,0	
		2008	0,0	
		2009	0,0	
		2010	0,0	
6	Zu- und Absetzungen	2006	22.189,7	
		2007	13.903,2	
		2008	14.014,5	
		2009	14.026,0	
		2010	14.036,0	
64	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	2006	22.189,7	98
		2007	13.903,2	
		2008	14.014,5	
		2009	14.026,0	
		2010	14.036,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)	2006	10.733.385,8	
		2007	11.564.010,5	
		2008	11.001.898,2	
		2009	10.673.647,1	
		2010	10.736.760,8	